

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röhrestraße 16
Fernsprecher: S.-N. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigenpreis: Für den Stellenmarkt die 10 gespaltene Millimeter-
zelle 90 Pf. / Eingetragen in die Reichshofzeitungsliste

Zum 13. Gewerkschaftskongress

F. K. Noch ehe diese Zeitungsnummer in den Händen aller Leser ist, wird der 13. Bundestag der freien Gewerkschaften Deutschlands in Hamburg längst an der Arbeit sein. Es wird ihm dort, auf altem gewerkschaftsgeschichtlichen Boden, an ehrlicher Gastfreundschaft nicht fehlen. Beim Durchblättern vergrübelter Schriften wird man aufs neue wieder gemahnt, welche Menge prächtiger Menschen, trefflicher Anregungen und kräftiger Antriebes der Arbeiterbewegung von Hamburg gekommen ist. August Bebel nannte es einst die Hochburg der Sozialdemokratie; mit eben solcher Berechtigung kann man es eine Hochburg der Gewerkschaftsbewegung nennen. Denn Hamburg marschierte, was die Zahl der Organisierten, Opferfreudigkeit und Kampfeslust anbelangt, von jeher an der Spitze der deutschen Großstädte. Dann haben verschiedene Gewerkschaften Hamburg zu ihrem Vorort erkoren, und dort nahm auch unsere erste Genetrale, die Generalkommission ihren Sitz. Deren vornehmste Aufgabe war, die Verbindung zwischen den noch wenig oder gar nicht verbundenen Berufsverbänden zu pflegen, sie eng, innig zu machen. Dies war damals, vor 3 1/2 Jahrzehnten, ein recht mühseliges Geschäft, weil die Berufsverbände, eben weil sie schwach waren, wenigstens stark sein wollten in der Befürchtung, sie könnten ihre Selbstständigkeit einbüßen. Gar manchemal schien es, als ob das alle umfassen sollende Band, die Generalkommission, zerstäuben werde. Wenn sie die vielen Fährnisse heil überstand und tatsächlich zu dem festen Bande der Gewerkschaften wurde, so ist das nicht wenig dem guten gewerkschaftlichen Boden Hamburgs zuzuschreiben, aus dem ihr Unterstützung und Zuredung quoll. Freilich ist es auch der Unbedrossenheit wie dem Geschick der Männer zu verdanken, denen das schwierige Werk zugefallen war.

So findet denn der jetzige Kongress gewissermaßen auf dem Heimathoden des Gewerkschaftsbundes statt. Die dem Kongress kann noch mehr als einem seiner Vorgänger die Aufmerksamkeit der großen Öffentlichkeit versichert sein. Dies nicht nur, weil die freie Gewerkschaftsbewegung an Zahl und Einfluß mächtig im Wachsen ist, sondern auch, weil von diesem Kongress die Lösung wichtiger Fragen erwartet werden kann. Nach der Entgegennahme des Tätigkeitsberichtes der Bundesleitung und seiner Besprechung soll zunächst eine überaus bedeutungsvolle Sache, nämlich die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie behandelt werden. Das ist nun zwar auch auf dem letzten Kongress in Breslau geschehen. Aber obgleich man dort von zwei Fachleuten lange Vorträge über Wirtschaftsdemokratie hatte, wird das Ergebnis in mehr als einer Hinsicht unbefriedigend genannt. Es ist beispielsweise in Breslau für viele die Frage nicht geklärt worden, ob man unter Wirtschaftsdemokratie einen Zustand oder ein Ziel zu verstehen habe. Diese Unklarheit hat das praktische Tun und Denken gehindert, auch zu Widersprüchen und Mißtrauen gegen die Wirtschaftsdemokratie geführt. Es wurde — übrigens schon in Breslau — darüber gestritten, ob die Wirtschaftsdemokratie schon im kapitalistischen Staate zu verwirklichen oder ob sie nur als das Ziel des Strebens anzusehen sei.

Wenn hierüber Unklarheit besteht, so mag das der unrichtigen oder unrichtigen Deutung des Begriffes „Wirtschaftsdemokratie“ zuzuschreiben sein. Dem ließe sich, wie schon von anderer Seite vorgeschlagen, dadurch begegnen, daß man das, was man bisher vielfach unter Wirtschaftsdemokratie verstanden, durch „Demokratisierung der heutigen Wirtschaft“ ersetzt. Dies verbürgt mehr Klarheit, dies kann nicht gut anders geäuert und verstanden werden, als das Streben nach Demokratie, nach Gleichberechtigung der Arbeiter in der Wirtschaft, nach Beseitigung der Alleinherrschaft des Unternehmers. Wenn dieses vollbracht, ist unser Ziel zwar noch nicht erreicht, wohl aber ein Schritt, und ein sehr bedeutungsvoller, auf dem Wege zum Ziele getan, zur unternehmerlosen, zur sozialistischen Wirtschaft.

So wichtig es ist, Klarheit über den Begriff „Wirtschaftsdemokratie“ zu schaffen, noch wichtiger dünkt uns die Sache selbst. Wir halten dafür, daß bei der Erörterung in Hamburg mehr Nachdruck auf das Wie der Demokratisierung der Wirtschaft gelegt wird. Sozialismus heißt Wollen, gewiß, aber noch viel mehr Können und Vollbringen. Mit dem Können und Vollbringen hat es aber bisher in Sachen der Demokratisierung der Wirtschaft ziemlich gehapert. Zweifelsohne sind auf sozialpolitischem, staatswirtschaftlichem und gewerkschaftlichem Gebiete beachtliche Fortschritte der Demokratisierung gemacht, aber auf dem Gebiete der kapitalistischen Privatwirtschaft, also da, wo der Schwerpunkt liegt, hat eher das Gegenteil der Demokratisierung Platz gegriffen. In dem Maße sich der Privatkapitalismus zum Monopolkapitalismus wandelt, ist dem Pflichten Demokratisierung die Seidemöglichkeit noch weiter verknümmert worden, begegnet die Einschaltung der Arbeitervertreter in die Wirtschaftsführung, die Kontrolle der Kartelle und ähnlicher Einrichtungen der Verbraucher auf die Preisbildung eher noch größeren Hindernissen. Es müßte darum eingehend erörtert werden, wie man die wachsende Herrschaft des Monopolkapitalismus dämpfen, die Arbeitervertreter in die Wirtschaftsführung einschalten und die Kontrolle der Kartelle und ähnlicher Einrichtungen tatsächlich machen kann. Zwar mangelt es keineswegs an Vorschlägen und Bestrebungen, doch fehlt den letzteren die Vereinheitlichung, den anderen der nötige Druck.

Nachdem der Kongress die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie behandelt hat, wird er sich den Bildungsaufgaben der Gewerkschaften zuwenden. Hierüber hat der Bildungssekretär des DGB, Otto Seifler, berichtet. Auf dem Gebiete der Bildung haben die deutschen Gewerk-

schaften sicherlich schon Beträchtliches geleistet. Doch wie alles in unserer sich ständig und rasch ändernden Zeit, so muß auch das Bildungswejen gewandelt, verbessert, wirksamer gemacht werden. Vor allem scheint uns mehr Einheitlichkeit und Planmäßigkeit in der Schulung der Funktionäre geboten. Für diese Notwendigkeit können die beiden neuen Schulen des DGB in Bernau und Düsseldorf die Möglichkeit schaffen.

Über die Vereinheitlichung und Selbstverwaltung der sozialen Gesetzgebung wird Kollege Hermann Müller berichten. Es ist dies eine Sache, deren Wichtigkeit kaum zu überschätzen ist. Unsere Sozialgesetzgebung ist allgemach ein Labyrinth geworden, in dem sich selbst die besten Fachleute nicht mehr auskennen. Auf jedes Gesetz sind noch Nebengesetze und Verordnungen gepfropft worden, die eine Bestimmung wird durch eine andere aufgehoben oder eingeschränkt, oben drein sind die Gesetze und Verordnungen meist in einem Kauderwelsch geschrieben, das auch ein Sprachkundiger nicht zu enträtseln vermag. Somit ist dem Arbeiter gerade die Gesetzgebung, die ihm am nächsten geht, zu einer Geheimwissenschaft, nein, zu einer Unfaßbarkeit geworden. Dem gemeingefährlichen Uebel ist dadurch am ehesten abzuhelfen, daß die sozialpolitischen Einrichtungen von der Vormundschaft des Unternehmers und der Bürokratie befreit und den Arbeitern die volle Selbstverwaltung gewährt wird. In diesem Sinne ist auch die Entschliebung gehalten, die der Bundesvorstand dem Kongress ausgehandelt hat.

Eine andere Entschliebung des Bundesvorstandes fordert für alle Arbeiter klar und unzweideutig den Achtstundentag in der Arbeitschutzgesetz. Dem wird sich, wie man getrost annehmen kann, der Kongress einhellig anschließen. Es liegen auch Anträge vor, die eine kürzere Arbeitszeit gefordert wissen wollen. Dagegen dürfte sich Kräftiges kaum einwenden lassen, da eine 44-ja selbst 40stündige wöchentliche Arbeitszeit voll auf genügt, um mehr als den Bedarf zu decken. Und daß die 48stündige Arbeitszeit längst schon zu lang ist, bezeugt das unermüdete Heer der aus der Warenerzeugung ausgeschiedenen Arbeitskräfte. Ungeachtet alles dessen scheint es uns vor allem, zunächst einmal auf den tatsächlichen Achtstundentag zu bestehen, kurz erst den ersten Schritt auf dem Wege der Arbeitszeitverkürzung zu machen, ehe man den zweiten tut. Ist erst der tatsächliche Achtstundentag gesetzlich festgelegt, wird eine sicherere Grundlage für die Bestrebung nach weiterer Verkürzung der Arbeitszeit gewonnen sein.

Unsere alte Forderung nach Industriebereinigungen dürfte auch in Hamburg wieder eine Rolle spielen, wenigstens lassen das ein paar Anträge annehmen. Doch ist nicht damit zu rechnen, daß sich dabei der Kongress nicht so lange aufhalten wird, wie sein Vorgänger. In Breslau hat die Mehrheit unsern Wünschen leider nicht zu folgen vermocht. Immerhin hat die dortige Aussprache offensichtlich den Gedanken der Industrieorganisation erheblich gefördert. Denn die Verschmelzung der Berufsverbände ist in den drei Jahren besser gelaufen, als man in Breslau füglich erwarten konnte. Von 1922 bis 1925 ist die Zahl der Verbände von 49 auf 40, und von 1925 bis 1928 von 40 auf 35 heruntergegangen. Und es sind erste Zeichen für den Weitergang der Verschmelzung vorhanden. Wenn ihr von Hamburg aus der Antrieb zu einem noch etwas schnelleren Tempo würde, so wäre das sehr zu begrüßen.

Wie man sieht, erwartet den Kongress Arbeit in Fülle. Er wird dabei von den Glückwünschen der Millionen Gewerkschafter begleitet sein. Denn für das Wohl und Wehe ihrer Klasse hängt unendlich viel von dem Ergebnis des Kongresses ab.

Von der Kaufkraft des Arbeitslohns

Die Frage, ob die Kaufkraft des Arbeitslohnes heute ebenso groß oder größer oder kleiner ist als vor dem Weltkrieg, ist zwar praktisch vollkommen gleichgültig. Denn wenn man diesen Einwand den Unternehmern aus der Hand schlägt, werden sie andere finden, um sich jeder Lohnerhöhung entgegenzusetzen. Der Grund, warum sie das tun, liegt nicht in den „moralischen“ (in Wahrheit höchst unmoralischen) Bedenken, die sie gern vorbringen: während das ganze Volk nach dem Kriege Not leide, dürfe nicht eine einzelne Klasse besser leben als früher. Sie stoßen ja nicht daran, daß Werkdirektoren — das heißt die Unternehmer selber — mit mehreren hunderttausend Mark Jahresgehalt heute mit Automobilen, Flugzeugen und sonstigem Klimbim sehr viel größeren Luxus treiben als vor 15 Jahren. Für die Arbeiter wiederum ist auch nichts damit gesagt, wenn man ihnen wirklich nachweisen könnte, daß sie heute mehr verdienen als 1913. Sie sind doch nicht verpflichtet, bis in alle Ewigkeit mit den kümmerlichen Löhnen von Anno dazumal vorlieb zu nehmen. Selbst dann nicht, wenn es wahr wäre, daß andere Klassen schlechter leben als damals. Selbst wenn der mittlere Unternehmer, der vielbeschäftigte Arzt, der hohe Beamte heute in seiner Lebenshaltung tiefer stände als 1913 (was keinesfalls zutrifft), könnte sie darum immer noch weit besser sein als die gehobene Lebenshaltung des Arbeiters.

Also dieses Gerede gehört zu dem blauen Dunst, womit die Unternehmer und besonders ihre Presse bei Lohnstreitigkeiten die Arbeiter und die öffentliche Meinung einzumüllen streben. Dagegen hat die Frage theoretisch eine große Bedeutung, das heißt zum Verständnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge und damit zur Voraussicht dessen, was weiter kommen wird

und worauf wir uns vorzubereiten haben. Ein Punkt, der namentlich für die Gewerkschaften wichtig ist.

Die Dinge liegen nämlich so: wenn die sozialistische Lehre zutrifft, dann ist der Kapitalismus mindestens seit Beginn des Weltkrieges auf eine immer schärferen Ausbeutung des Arbeiters angewiesen, wobei wenig darauf ankommt, wie sich das im Bewußtsein der Unternehmer spiegelt. Ob sie wirklich glauben, was sie da über die angeblich gebesserte Lage der Arbeiter erzählen oder nicht, sie müssen auf jede mögliche Art streben, aus den Arbeitern immer größeren Mehrwert herauszuholen.

Nun braucht die Verschärfung der Ausbeutung allerdings nicht unbedingt in direkter Senkung des Lohnes zu bestehen. Eine große Rolle spielt da auch die erhöhte Anspannung der Arbeitskraft, und gerade hierin hat ja neuerdings die Rationalisierung Furchtbares geleistet. Man lese, was jüngst auf dem internationalen Sozialistenkongress von Brüssel der Genosse Silquit über die Ausmergelung der amerikanischen Metallarbeiter mitgeteilt hat. Und über Fließband und dergleichen wissen wir in Deutschland auch ein Vießchen zu singen. Es ist aber nicht überflüssig, sich zu vergewissern, wie es mit dem Löhnen steht, ob sie vielleicht die erhöhte Anspannung ausgleichen.

Im Durchschnitt der zwölf Gewerbe, die von der amtlichen Statistik laufend beobachtet werden, betrug der wöchentliche Arbeitslohn für

	Gelernte	Ungelernte
im Jahre 1913	85,35	23,50 M
„ Juli 1928	51,46	28,90 „

Fragt man nun, wieviel mehr Waren die Arbeiter heutzutage mit ihrem Wochenlohn kaufen können, so muß die inzwischen eingetretene Preissteigerung berücksichtigt werden. Der amtliche Lebenshaltungsindex zeigt für Juli 1928 (gegenüber dem Jahre 1913) eine Verteuerung um 52,6 bH. Rechnet man hiernach die Löhne um, so betrug ihre Kaufkraft

	Gelernte	Ungelernte
im Jahre 1913	85,35	23,50 M
„ Juli 1928	83,72	25,49 „

Die Höhe der Kaufkraft von 1913 ist also nur bei den Ungelernten ein wenig überschritten; bei den Gelernten ist sie noch nicht erreicht. Hier liegt die gesteigerte Ausbeutung klar zutage.

Nun ist aber dabei noch mancherlei zu beachten. Erstens, was heißt Durchschnitt? Dem Arbeiter, der unter dem Durchschnitt entlohnt wird, müßte die Höhe des Durchschnitts gar nichts. Gelernte Arbeiter in Papierfabriken bekamen im Juli 1928 nur 39,41 M die Woche, Textilarbeiter gar nur 36,82 M, standen also tiefer als der Durchschnitt der Ungelernten. Sogar die gelernten Metallarbeiter erreichten mit 50,42 M den Durchschnitt nicht. Andererseits wird der scheinbar hohe Durchschnitt nur erzielt, weil die Bauarbeiter — als die best Entlohnerten — 61,80 M bekamen. Die müssen aber bekanntlich viele Wochen in jedem Jahre feiern. Verteilt man ihr tatsächliches Einkommen auf die ganzen 52 Wochen, so kommt erheblich weniger heraus. Nehmen wir zum Beispiel an, daß sie nur 10 Wochen arbeitslos sind, dann steht ihnen für jede Woche nicht mehr als knapp 50 M zur Verfügung, was nur eine Kaufkraft von etwa 32,70 M ergibt. Für die ungelerten Bauarbeiter schrumpft der Geldlohn von 50,81 M, den sie im Juli 1928 bekamen, bei 10 Feiertagen auf 41 M zusammen, mit einer Kaufkraft = 27 M.

Rechnen wir aber einmal nach, was man — ohne Vergleich mit 1913 — für die tatsächlich gezahlten Löhne kaufen kann. In der bürgerlichen Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ kann man (Nr. 32 vom 10. August) in einem Aufsatz von Baltrusch, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, lesen, daß die Waren, nach denen der Lebenshaltungsindex berechnet wird, und „die auch für einen ärmlichen Haushalt nicht ausreichen würden, heute schon rund 200 M im Monat kosten“. Ich halte diese Summe für zu klein. Auf Grund eigener Berechnungen bin ich zu 63 M die Woche = etwa 280 M im Monat gelangt. Aber bleiben wir selbst bei 200 M. Das sind rund 45 M die Woche und bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß von den ungelerten Arbeitern nur die im Brau- und Baugewerbe Tätigen diesen kümmerlichen Unterhalt bezahlen können und daß sogar unter den Gelernten von zwölf Gruppen drei (Papier, Textil, Kartonnage) einen dazu ausreichenden Lohn nicht haben.

Endlich aber, was noch alles wieder über den Kaufkraft die Kaufkraft ist in Wahrheit noch viel kleiner, als es all diese Berechnungen erscheinen lassen, weil der amtliche Index bekanntlich falsch ist. Er erzählt uns, daß die zum Lebensunterhalt nötigen Waren heute um etwa die Hälfte teurer seien als vor dem Kriege. Aber jeder Gang auf den Wochenmarkt lehrt uns, daß das nicht stimmt. Um ein im Augenblick näherliegendes Beispiel zu wählen: in Berlin ist heute, im Hochsommer, kein Pfund Obst unter 70 $\frac{3}{4}$ zu haben, drei- bis viermal so viel wie 1912 und 1913. Das Psudo Brot kostet etwa doppelt so viel. Für 60 M konnte man vor dem Kriege einen hochfeinen Anzug haben, wie ihn der Arbeiter gar nicht trug. Heute kostet ein Arbeiteranzug 100 bis 140 M ufm. Genau, können wir natürlich den wirklichen Grad der Verteuerung nicht ermitteln, das könnte nur das Statistische Amt mit den ihm zur Verfügung stehenden Vorkehrungen. Nach den Erfahrungen des täglichen Lebens möchte man das Dreifache schätzen. Bleiben wir beim Zweifachen, so ist es sicherlich zu wenig. Aber schon nach diesem Maßstab, also unter der Annahme, daß der Lebensunterhalt nur doppelt so teuer ist wie 1913, ergibt sich als wahre Kaufkraft des Lohnes für

	Gelernte	Ungelernte
im Jahre 1913	85,35	23,50 M die Woche
„ Juli 1928	25,75	19,45 „

Möge jeder ältere Arbeiter, der sich an die Zustände von 1912 und 1913 noch erinnern kann, sagen, ob nicht diese Zahlen besser zu seinen Erfahrungen passen als die amtlichen Errech-

nungen. Man bekommt für den höheren Wochenlohn heutzutage ganz bedeutend weniger als damals für den kleineren Lohn und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Kaufkraft des Lohnes geringer, die Ausbeutung entsprechend größer ist. Wir müssen demnach erwarten, daß die kapitalistische Entwicklung in gleicher Richtung weitergehen wird. **S b h z u s.**

Die Preise steigen weiter!

Das Abflauen der industriellen Tätigkeit ist nicht zuletzt eine Folge der Preisbildung. Man hatte allgemein angenommen, daß die seit Jahren im Gange befindliche Rationalisierung eine Erleichterung der Wirtschaftslage infolge bringen werde, als sie die Preise verringere und so den Lebensstand der Masse hebe und den Absatz fördere. Diese Annahme hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil, eine Teuerungswelle hat eingesetzt. Geschützt durch Jölle und Kartelle, setzt die Industrie ihre Inlandspreise hinauf, wodurch natürlich der Absatz gedrosselt und schließlich die industrielle Tätigkeit gehemmt wird. Aber nicht nur das.

Eine starke Bedrohung der Wirtschaftslage stellt die Tarif-erhöhung der Eisenbahn dar. Der Antrag der Reichsbahn, in eine Tarifserhöhung einzuwilligen, ist dem Reichsbahngericht über-tragen. Diese Stelle hat die Tarifserhöhung bis zu einem Mehr-ertrag von jährlich 250 Millionen Mark für zu-lässig erklärt. Es ist damit zu rechnen, daß die geplante Er-höhung im Sinne des ursprünglichen Vorschlages bis zum 1. Oktober verwirklicht wird. Dieser Vorschlag sah eine durch-schnittliche Erhöhung der Gütertarife von 10 vH und eine Er-höhung des Personentarifs vor. Letzterer sollte mit einer Zu-sammenlegung der bisherigen vier Klassen auf zwei Klassen ver-bunden sein. Befanctlich soll eine Holzklasse und eine Posttarif-klasse geschaffen werden. Auf der jetzigen Preisbasis der vierten Klasse sollte eine 12prozentige Erhöhung für die Holzklasse ein-treten. Vier Fünftel des Mehrertrages sollten die Gütertarife, ein Fünftel der Personenerhöhung bringen. Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß die Vertenerung des Eisenbahnverkehrs der Anstoß zu einer Preiserhöhung im breitesten Aus-maß werden wird. Deshalb hat sich auch die Öffentlichkeit ent-schieden gegen den Antrag der Reichsbahn gewehrt. Wenn eine Erhöhung der Eisenbahntarife um 10 vH eintritt, so macht dies zwar auf den einzelnen Warenpreis wenig aus. Bei der Kohle beispielweise dürfte der Aufschlag ein Prozent betragen. Aber da naturgemäß der Frachttarif einen gewissen Schlüssel bildet und sich jede Preiserhöhung unten in immer stärkerer Maße nach oben durchsetzt, deshalb wirkt eine solche Maßnahme ver-berend auf das Wirtschaftsleben. Man kann deshalb den Tarifserhöhungen der Reichsbahn nur mit einer bangen Sorge entgegensehen. Die Wirtschaftslage wird dadurch einen nicht geringen Stoß erhalten.

Mit einer ebenjohden Besorgnis muß man die Preisbildung auf dem Lebensmittelmarkt betrachten. So sind zum Beispiel die Fleischpreise in der letzten Zeit wesentlich in die Höhe ge-gangen. Für die Preisbildung auf dem Fleischmarkt einige Bei-spiele: Der Großhändler zahlte ausgangs August für 50 Kilo-gramm Lebendgewicht Rindfleisch 42,86 M.; er erlöste für die-selbe Menge Schlachtgewicht 74,09 M. Der Aufschlag beträgt heute 72,9 vH, während er 1927 74,2 und 1913 56,4 vH betrug. Der Schlachtkörper zahlte ausgangs August einen Durchschnitts-fleischpreis von 74,09 M., von seinen Kunden erhält er einen Durchschnittspreis von 126,45 M., also 1,27 M. für das Pfund. Der Aufschlag des Schlachtkörpers beträgt 70,7 vH, dagegen 1927 40,6 vH und 1913 24 vH. Die gleiche Preisbildung ist beim Schweinefleisch und den übrigen Fleischsorten festzustellen. Der Aufschlag des Schlachtkörpers beträgt fast überall das Doppelte der Vorkriegszeit. Diese gewaltigen Preis-aufschläge muß das Publikum tragen.

Das gleiche Bild bietet die Preisgestaltung für Bäck-erwaren. Der Bäcker zahlt an den Großhandel für das Weizen-mehl 34 M.; für die gleiche Menge erhält er in Schrippen aus-gegeben 80 M. Wägen ein Aufschlag von 135 vH. Im vorigen Jahre betrug der Aufschlag nur 86 vH, vor dem Kriege gar nur 19 vH. Ähnliches kann beim Brotpreis festgestellt werden. Auch der Mehlhandel scheint ganz aufständig zu verhalten, denn während Weizenmehl im Großhandel 34 M. kostet, nimmt der Kleinhandel 56 M., also einen Aufschlag von 65 vH. Im August 1927 betrug dieser nur 38 vH, 1913 nur 18 vH.

Was sind die Folgen? Wir haben absichtlich zwei Lebens-mittel herausgegriffen, die in dem Haushalt des kleinen Mannes eine große Rolle spielen. Die Teuerung wächst und sie wächst in beachtlichem Maße. Wenn das arbeitende Volk für Lebens-mittel einen überhöhten Preis bezahlen muß, so kann es natürlich weniger Gehaltsgegenstände (Kleidung, Haushal-tungsgegenstände usw.) anschaffen. Die Kaufkraft für Industrie-produkte wird geringer und die Preisentwicklungen werden dadurch wesentlich verlangsamt.

Es ist also damit zu rechnen, daß die Wirtschaftslage von verschiedenen Seiten her eine Verstärkung erhält. Da muß die Frage aufgeworfen werden, ob dies notwendig ist. Die Notwendigkeit der Preissteigerungen ist durchaus nicht ersicht-lich. Nach einer Betrachtung der Wirtschaftslage stellt die Frank-furter Zeitung fest, daß die Senkung des Abzuges einen ent-schiedenen Preisabsatz erfordert. Das ist auch unsere Ansicht. Eine gesunde Konjunkturpolitik müßte darauf angelegt sein, tiefenverhängende Wirtschaftsvorgänge zu beenden. Geht die Entwicklung der Preisbewegung so weiter, werden noch aus-gebreitete Lohnkämpfe einsetzen. Aber von vornherein sei gesagt, daß dann die Arbeiterschaft eine Schuld nicht trägt, sondern, wie oben gezeigt, diese in anderen Ursachen begründet liegt.

Die Rechte mit dem Washingtoner Abkommen!

Das Washingtoner Abkommen ist es wieder einmal ver-dienstlich geworden. Und doch werden es die Gewerkschaften immer in Vergessenheit lassen müssen, da es der Grundpfeiler der Sozial-politik ist. Das von 35 Mitgliedsstaaten der Internationalen Ar-beiterversammlung (Internationaler Arbeitsrat) haben das Ab-kommen 5 Staaten (Belgien, Chile, Dänemark, Rumänien und die Niederlande) angenommen; 3 Staaten (Dänemark, Ende und Portugal) haben sich bereit erklärt, es anzunehmen; 1 Staaten (Ita-lien, Brasilien, Spanien und Frankreich) haben es bedingt ange-nommen; 2 Staaten (Japan, Bulgarien und Griechenland) haben eine langwierige Annahmeverhandlung; 5 Staaten (England, Kanada, Schweden, Holland und die Schweiz) haben die Annahme abgelehnt. Bei 35 Staaten von den 40 ist nach einer Zusammen-fassung der Tätigkeit nach und nach eine amtliche Stellung nach und nach erfolgt. Das ist dem Abkommen günstig sein würde, ist die internationale Arbeiterschaft und die Arbeiter auf eine baldige allgemeine Verankerung der Arbeiterschaft auf internationaler Basis gemäß dem Abkommen in Washington nicht besonders stolz. Von den großen Industriestaaten betrachtet hat ein hinter dem ande-ren der Verdacht, daß der andere vorangeht. Da würde es von un-gläublicher Vorteil sein, wenn die deutsche Regierung über in-ternationale soziale Zusammenarbeit in bestimmter Form recht bald an-träge. Für die Gewerkschaften ist es wichtig, daß diese Frage nicht auf das Werk gestellt werden. Deshalb müssen die Gewerks-

Zur Wirtschaftsdemokratie

Es wird uns geschrieben:

Die Frage: Können wir bei den heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zur Wirtschaftsdemokratie kommen? ist zu einer der umstrittensten geworden. Es ist eine Frage der theoretischen Betrachtung, und ohne sich hierüber ernste Ge-danken zu machen, wird der steigende Einfluß der Arbeiter-klasse auf Wirtschaft und Politik, die Beteiligung durch Ein-lagen, Aktien usw. mit „Demokratisierung“ bezeichnet. Zu wenig beachtet wird aber, daß die Verfügungsgewalt über diese Kapitalien und damit über die Wirtschaft immer mehr in die Hände des Großkapitals gelangt ist.

Man beruft sich auf die Artikel 165 und 161 der Reichs-verfassung, die jedoch auch nur Sollvorschriften sind. Man muß überlegen, ob Artikel 165 der Reichsverfassung im kapitalistischen System zu verwirklichen ist. Ob das heutige System es zuläßt, grundsätzlich eine andere Ordnung aufzubauen.

Welches sind die wesentlichen Gründe, die dem entgegen- stehen? Man muß sich von dem Irrtum freimachen, als ob Deutschland eine einzige, geschlossene Wirtschaft wäre. Der-artiges gibt es nicht. Unsere Wirtschaft ist zusammengesetzt aus einer Reihe Einzelunternehmungen, wovon ein jedes für sich arbeitet. Diese Unternehmungen sind undemokratisch aufgebaut. Demokratische Wirtschaftsführung setzt einheitliche Leitung unter einheitlichem Willen voraus. Die Aufgabe der heutigen Wirt-schaft ist, Überschüsse zu machen, um möglichst hohe Profite zu erzielen. Der Zweck der Wirtschaft soll aber sein der Erwerb von Gütern zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse.

In der früheren Hauswirtschaft waren Erwerb und Ver-brauch eng miteinander verbunden und auseinander ab-gegrenzt. Die Erwerbswirtschaft soll so groß sein, um den Ver-brauch zu decken. Das Verhältnis von Erwerb und Verbrauch hat heute aber so, daß die Erwerbswirtschaft die Führung hat. Das Bestreben unserer Wirtschaftsführer ist nicht, dem Ver-brauch die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, sondern die Überschüsse werden verwandt, um die Erwerbswirtschaft maß-los auszuweiten. Diese Ausdehnung ist beispiellos in den letzten Jahrzehnten. Solange diese Zielsetzung möglich ist, ist es aus-geschlossen, die Wirtschaft nach dem Bedarf des Verbrauchs zu lenken; nach dem Willen derjenigen, die an der Wirtschaft be-teiligt sind. Es ist darum nicht möglich, die Arbeiter an der Wirt-schaft zu beteiligen ohne Änderung des Systems. Der Arbeiter wäre dann gezwungen, die Risiken, und dazu gehören auch die Löhne, zu drücken, um den Erfordernissen der heutigen Wirtschaft gerecht zu werden. Demokratisierung ist das Mitleiden, Mit-arbeiten und Mitbeteiligen aller an der Wirtschaft. Wirtschaftsdemokratie heißt, daß die Gesamtheit der Wirtschaft einer demo-kratischen Leitung unterstellt ist.

Unsere erste Forderung ist daher eine einheitliche Wirt-schaftsführung. Man glaubt, heute eine Wirtschaftsführung zu haben. Das stimmt jedoch nicht. Durch Zusammenschluß zu Ver-einigungen, Kartellen, Syndikaten, Konzernen suchen die ein-zelnen Gruppen ihre kapitalistischen Belange zu vertreten und durchzusetzen. Wirtschaft ist jedoch Erwerb- und Verbrauchs-wirtschaft zusammen. Eine Einheit der beiden ist nötig. Es gibt wohl eine Wirtschaftspolitik, jedoch keinen Staat, der die Auf-

sichten erneut in allen Ländern dafür einzutreten, daß recht bald eine ernsthafte Stellungnahme erfolgt und diese zu tun und gehalten ist. Das Vorkommen der Entscheidungen liegt durchaus im Inter-esse der Unternehmer, und weil dem so ist, muß recht bald mit der schon bestehenden der gesetzgebenden Körperschaften Schluß ge-macht werden. Der Reichstag muß bei seinem Wiederzusammen-treten Dampf dahinter machen, damit das Bestreben der deutschen Regierung zur Linderung wird. Der Kampf um den internationalen Arbeitsvertrag darf keineswegs einschlafen, sondern muß immer lebendig gehalten werden!

Die Gewinnergebnisse in amtlicher Beleuchtung

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht jetzt die Bilanzen der deutschen Aktiengesellschaften von Ende des Jahres 1927. Ende 1927 bestanden in Deutschland 11.966 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 21.542 Millionen Mark. Das Anlagevermögen auf 10.453 Millionen Mark auf 11.562 Millionen Mark gestiegen, das Betriebsvermögen von 20.844 Millionen Mark auf 26.111 Mil-lionen Mark. Läßt man die Geldanlagen (Banken usw.) unberück-sichtigt, so erhält man eine Steigerung des Anlagevermögens von 818 Millionen Mark auf 968 Millionen Mark und des Betriebs-vermögens von 5918 Millionen Mark auf 6953 Millionen Mark. Das Eigenkapital ist von 11.194 auf 12.113 Millionen Mark ge-standen, die fremden Mittel von 10.348 auf 9.449 Millionen Mark. Das Anlagevermögen ist um 9 vH, das Eigenkapital um 6 vH, das Betriebsvermögen um 18 vH, die fremden Mittel um 17 vH ge-standen. Die Geschäftsergebnisse sind im Jahre 1927 außerordentlich günstig gewesen, die nachstehende Zahlen beweisen. Der Saldo des Jahresertrages und Jahresverlustes ist von 5,76 vH auf 7,52 vH gestiegen, dabei ist der Rückgang der Verluste von 0,42 vH auf 0,19 vH noch erheblich stärker als der Zuwachs an Gewinnen. Noch stärker drückt sich die Verbesserung der Geschäfts-lage in den entsprechenden Zahlen der Gesellschaften ohne Grund-anlagen aus, bei denen der Saldo des Gewinn und Verlust von 4,94 auf 7,17 vH gestiegen ist. Demnach ist auch die durch-schnittliche Dividende von 6,19 (ohne Geldanlagen 5,70) auf 7,41 vH gestiegen. Die höchsten Dividenden verteilen im Jahre 1926 Versicherungsanstalten, Kautschuk-, Papierherstellung und Banken, im Jahre 1927 Versicherungsgesellschaften, Kautschuk-, Papierherstellung und Industrie der Maschinenbau- und Spiel-waren. Einmalige erhaltene Aktiengesellschaften schenken 22,7 vH ihres Gewinns aus (im Vorjahre 7,5 vH). 1926 betrug die Divi-dendengefamtsumme 564 und 1927 743 Millionen Mark. Der An-teil der dividendenlosen Gesellschaften wie des dividendenlosen Ka-pitals sank um 3 vH.

Man ist auch amtlich festgestellt, daß das Jahr 1927 ein Jahr der guten Gewinne und der raschen Kräftigung gewesen ist.

Die Monopolisierung des Karosseriebaues

Die deutsche Automobilindustrie weiß bekanntlich eine ziemlich zerstückelung auf. Deshalb wird schon seit langem erwogen, eine Reihe der Werke zu einem Großkonzern zusammenzufassen. Der Daimler-Benz, Opel und Krupp haben bereits ihre Karosserien selbst hergestellt. Werden von Adler, Horch, NSU, Panhard, Benz, Mercedes, VW und Zillmer Karosserieaufträge an andere Fabriken vergeben. An erster Stelle steht das nach amerikanischen Fabri-kationsmethoden aufgestante Ambi-Budd-Fabrik, Berlin. Vor-dere hat das Ambieral die Produktion von Personenkraft-wagen, der Geschäftsbereich AG, Ammerndorf, und die der Deutschen Industriewerke, Spandau, übernommen. Damit hat dieses Werk eine fast monopolistische Stellung im Karosseriebau er-worben. Ambi prüft die Karosserien aus West. Dazu sind gewaltige Kosten und Geräte notwendig. Kartell können solche Kie-len-schlagen nur sein, wenn sie auf große Nachfrage rechnen können. Die Kosten für die Gefälle eines Karosseriebaues sollen sich auf mehr als 100.000 M. stellen. Es ist klar, daß solche hohen Summen

gabe hat, die Wirtschaft zu führen. Nur Gruppeninteressen los-den vertreten. Ein einfacher Beschluß einer Handvoll Unter-nehmer hat im Januar genügt, das Eisen zu verteuern en-gegen dem Willen wohl aller Staatsbürger. Das Recht, über wirtschaftliche Kräfte zu verfügen, ist von den Privaten auf die Gesamtheit zu übertragen. Solange sich die Produktionsmittel in den Händen nur eines kleinen Teiles der Gesellschaft befinden, ist der Ausweitung der Produktion auf Kosten der Ver-bräucher keine Schranke gesetzt. Diese Übertragung ist die Voraussetzung der Wirtschaftsdemokratie und nur möglich durch einen politischen Akt, durch die Eroberung der Staats-gewalt.

Was kann man nun heute schon tun zur Vorbereitung zur Förderung der Demokratisierung? Alles, was einer einhei-lichen Führung zutrifft, ist zu unterstützen. Wichtig sind Pro-duktionsstatistiken. Es entstehen so Gedanken, wie es besser ge-macht, wie eine bessere Verteilung vorgenommen werden kann usw. Alle wirtschaftlichen Untersuchungen und Forschungen Reichswirtschaftsrat, Genossenschaftsbewegung, sind Vorbereitung zur Demokratisierung. Auch ist alles zu unterstützen, was der öffentlichen Hand ein Stück Wirtschaft überträgt. Ungeheuer wichtig ist es, daß Teile der Wirtschaft unter öffentliche Kontrolle kommen. Es ist dies eine Genöschen an sozialistische Gedanken es sind Gegenkräfte, die aus dem Kapitalismus herauswachsen und leichter zur Änderung des heutigen Systems führen. Not-wendig ist daher die Stärkung der Kräfte, die zu einer Ver-einheitlichung drängen. Der politische Entschluß zur Änderung der Verhältnisse muß sich auswirken in dem Bestreben, die Wirtschaftlichkeit werden zu lassen.

Das Hauptaugenmerk ist zu legen auf die Stärkung der-jenigen Schichten, die ihrer sozialen Lage nach gezwungen sind die Dinge zu ändern. Je stärker nun diese Schicht, desto stärker die treibende Kraft zur Änderung der bestehenden Verhältnisse. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, dauernd zu ringen für die Besserstellung der Schaffenden. Bessere Lebenslage macht die Arbeiterschaft bewußter in ihrem Handeln und Denken. Die Verelendung macht sie nur zu Maschinenstürmern, bringt sie wohl mal zum Aufstodern, zur Empörung, jedoch nicht zu be-wußt handelnden Menschen. Dies bringt nur die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Nicht das Aufstodern aus dem Elend ist das Entscheidende, sondern die Organisierung zum wirtschaft-lichen Kampf, die Schulung der Kräfte der Arbeiterschaft zur Umstellung der Verhältnisse.

Je mehr politische Macht die Arbeiterschaft erringt, desto mehr wirtschaftliche Wandlungen vermag sie bereits in der heutigen Gesellschaft durchzusetzen. Die wirtschaftliche Machtstellung der Arbeiterschaft wird gestärkt durch die Wandlungen des Arbeitsrechts, durch Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft, durch das Vordringen der regulierenden Tätigkeit des Staates gegenüber der Wirtschaft. Mit Hilfe der politischen Demokratie gibt es Schritt für Schritt die Verfügungsgewalt über die Pro-duktionsmittel der herrschenden Klasse einzuengen. Entscheidend ist, daß man alle Dinge bis zum Ende durchdenkt. Nicht derjenige ist der Beste, der nur Kleinigkeiten sieht, sondern der, der jeden Schritt tut, der zur Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie führt.

Die Verlängerung der Krisenfürsorge

Die Reichsregierung hat beschlossen, die Krisenfürsorge mit Wirkung vom 17. September von 26 auf 39 Wochen zu verlängern. Damit ist eine gewerkschaftliche Forderung erfüllt, die sich als immer notwendiger erweist, weil die deutsche Wirtschaftslage von Monat zu Monat schlechter zu werden beginnt. Des ferneren wurde die Erhöhung der Versicherungsbeitragsgrenze in der Angestelltenver-sicherung beschlossen. Das solche Beschlüsse bei den Unternehmern auf harten Widerstand stoßen, kann man sich denken. Die Arbeit-geberverbände haben deshalb auch sofort eine nichtbilligende Kundgebung vom Stapel gelassen. Und die Unternehmerviertel weitem gegen solche Maßnahmen in allen Tonarten. Das ist nicht verwunderlich, sondern war ohne weiteres zu erwarten. Die Ge-werkschaften nehmen derartige Beschlüsse der Reichsregierung jeder-falls mit Befriedigung zur Kenntnis. Waren sie es doch, die die Anregung dazu gegeben haben!

Eisenbahnunfälle



Quesamtzahl der getöteten oder verletzten Personen

Jahr	Quesamtzahl der getöteten oder verletzten Personen (Reisende, Bedienstete u. fremde Personen)
1927	3123
1926	3364
1925	3042
1913	3768

Ein Zusammenstoß unglücklicher Zufälle hat in letzter Zeit eine auffallende Zunahme von Eisenbahnunfällen, namentlich in Bayern, verursacht. Jedoch können nicht ohne weiteres Rückschlüsse auf eine Verschlechterung der allgemeinen Betriebsführung der Reichsbahn gezogen werden. Die Reichsbahn hat 1927 43 Millionen Bruttotonnen-Kilometer mehr geleistet, als 1913 auf das gleiche Reichsgebiet entfielen, und dabei sind, auf die Kilometer gerechnet, in fast allen Punkten weniger Unfälle zu verzeichnen gewesen als 1913.

Technik und Werkstatt

Die galvanische Versilberung

Die Erzeugung galvanischer Silbernieder schläge ist neben der Kupfergalvanoplastik eine der ältesten Aufschlüsselungsprozesse der Galvanotechnik. Die Hauptanwendung findet sie wegen der weißen Silberfarbe in der Schmuckwaren- und Bekleidungsindustrie. Die besten und sichersten Silbernieder schläge erzielt man in cyanalischen Bädern. Diese besitzen ein gutes Streuungsvermögen und liefern dichte Niederschläge. Derartige Silberbäder werden für Starkversilberung mit einem Silbergehalt von 25 g und für leichte Versilberung mit einem Silbergehalt von 10 g je Liter angelegt.

Die einfachste Herstellung von Silberbädern ermöglicht sich mit dem käuflichen Cyanalkalium, vorausgesetzt, daß es einen hohen Metallgehalt enthält. Eine solche Lösung setzt sich zusammen für Starkversilberung aus: 100 Liter Wasser, 5 kg Cyanalkalium und 1 kg Cyanfällung; für leichte Versilberung hundert Liter Wasser, 2,5 bis 3 kg Cyanalkalium, 0,5 bis 1,2 kg Cyanfällung.

Das Silberfällung wird in lauwarmem Wasser aufgelöst und als letzteres das Cyanalkalium zugegeben. Die Lösung muß hellgelb sein; andernfalls fehlt Cyanalkalium.

Zur weiteren Herstellung von Silberbädern wird ferner noch Chlor- und Cyanfällung verwendet. Bei Verwendung von Chlorfällung zum Ansetzen der Bäder sind folgende Zusammenstellungen maßgebend:

- a) Starkversilberung: 100 Liter Wasser, 2,5 kg Feinsilber als Chlorfällung, 4 bis 4,5 kg Cyanalkalium.
- b) Leichte Versilberung: 100 Liter Wasser, 1 kg Feinsilber als Chlorfällung, 2,5 kg Cyanalkalium. Badspannung 0,5 bis 0,75 Volt, Stromdichte 0,35 Amp./qdm, Konzentration 6° B_e, spezifischer Badwiderstand 1,65 Ohm, Stromausbeute 99 %.

Diese Chlorfällungsbäder arbeiten wegen ihres geringen spezifischen Badwiderstandes und ihrer besseren Leitfähigkeit schneller als solche aus Cyanfällung. Jedoch verliert die Leitfähigkeit mit der Zeit, das Bad verdickt sich durch die Bildung von Chloralkalium. Bei Bädern mit Cyanfällung tritt ebenfalls eine Verdickung nach längerer Zeit ein, und zwar durch die Zerlegung des Cyanalkaliums durch die Einwirkung der Luftkohlenäure in Kohlensäure Kalium. Nach technischer Ansicht ist es ratsam, die Silberbäder selbst aus Chlorfällung herzustellen; und etwaige Ergänzungen nur mit Cyanfällung oder Cyanalkalium auszuführen. Bei Verwendung von Cyanfällung werden folgende Zusammenstellungen verwandt:

- a) Starkversilberung: 100 Liter Wasser, 2,5 kg Feinsilber als Cyanfällung, 2,25 kg Cyanalkalium.
- b) Leichte Versilberung: 100 Liter Wasser, 1,25 kg Feinsilber als Cyanfällung, 1 kg Cyanalkalium. Badspannung 1,3 bis 1,5 Volt, Stromdichte 0,35 Amp./qdm, Konzentration 5,5° B_e, spezifischer Badwiderstand 2,88 Ohm, Stromausbeute 96 bis 98 %.

Die angegebenen Badspannungen erhöhen sich bei allen Bädern, wenn die Anodenschicht wesentlich kleiner als die Warenfläche ist; gewöhnlich nimmt man je ein Drittel der Warenfläche. Die sonst geltende Regel, die Anodenschicht gleich der Warenfläche zu nehmen, wird bei Edelmetallbädern wegen des hohen Preises der Anoden nicht eingehalten. Um bei der verkleinerten Anodenschicht eine gleichmäßige Verteilung der Stromlinien über die Warenfläche zu erzielen, wird der Elektrodenabstand vergrößert (15 cm). Bei sehr kleiner Anodenschicht steigt der Badwiderstand schnell an, der Silbergehalt nimmt ab und ein Cyanalkaliumüberschuß tritt ein. Der Gehalt an freiem Cyanalkalium soll 12 g je Liter Bad betragen. Dieser Überschuß ist unbedingt notwendig, um das Silberfällung in Lösung zu halten, die Bildung des schwer löslichen Paracyanfällung an den Anoden und die dadurch auftretende Polarisation zu verhindern. Um eine dauernde Kontrolle der Silberbäder inne zu haben, werden folgende Merkmale an den Anoden während der Elektrolyse bekanntgegeben: Bei einem starken Überschuß an Cyanalkalium bleiben die Silberanoden auch während der Arbeit weiß. Zu gleicher Zeit zeigt sich an den Waren eine starke Wasserstoffentwicklung. Der entstehende Silbernieder schlag ist kristallinisch und löst sich beim späteren Bearbeiten von dem Grundmetall ab. Ein solcher Nieder schlag enthält größere Mengen Wasserstoff gebunden und verhindert somit ein festes Haften auf dem Grundmetall. Der Cyanalkaliumüberschuß wird gebunden durch Zusatz von Cyanfällung. Es wird zu diesem Zweck Cyanfällung mit der Badflüssigkeit berührt und zugegeben.

Ein sehr gutes Verfahren des Kontrollierens des Cyanalkaliums in Silberbädern ist folgendes: Man bringt 100 ccm des zu prüfenden Silberbades in ein Messerglas und gibt eine Silbernitratlösung, bestehend aus 1 g Silbernitrat und 20 ccm Wasser, unter Umrühren tropfenweise zu. Es entsteht bei dem Zusetzen dieser Lösung ein käsiger Nieder schlag von Cyanfällung. Verschwindet der Nieder schlag sofort, so ist ein Überschuß von Cyanalkalium vorhanden, löst er sich nicht oder gar nach langer Zeit, so besteht ein Mangel. Bei richtigem Gehalt muß sich der Nieder schlag langsam lösen.

Ein Mangel an Cyanalkalium zeigt sich an der Anode durch dunklen Belag, der dem Stromdurchgang hohen Widerstand entgegen setzt; während der Silbernieder schlag unansehnlich gelblich oder bläulich wird. Der Mangel an Cyanalkalium wird beseitigt durch Zugabe von 2 bis 3 g je Liter.

Bei richtigem Cyanalkaliumgehalt zeigen die Silberanoden während der Stromtätigkeit einen mattlichgrünen Belag, der bei Stromunterbrechung wieder verschwindet. Weitere Mängel entstehen durch die Zerlegung des Cyanalkaliums infolge der Luftkohlenäure zu Kohlenäure Kalium, wodurch eine Verdickung des Bades hervorgerufen wird und die Stromleistung beeinträchtigt. Die meisten Störungen beginnen bei einer Konzentration von 18 bis 20° B_e. Es handelt sich nun darum, das Kohlenäure Kalium aus dem Bade zu entfernen, ohne dabei andere Stoffe in das Bad zu bringen. Als geeignetes Mittel erweist sich das Chlorkalium, das sich mit dem Kohlenäure Kalium glatt in Cyanalkalium und dem unlöslichen Bariumcarbonat umsetzt. Zur Anwendung kommt eine 20-prozentige Lösung.

Neu zusammengelegte Bäder arbeiten ungleichmäßig, weil es ihnen an den nötigen Zerlegungsprodukten des Cyanalkaliums fehlt, wie an Ammoniak und ameisensaurem Kalium. Man kann also zu neuen Bädern auf 100 Liter folgendes zusetzen: 40 g Ammoniak und 20 g ameisensaures Kalium.

Wichtig ist auch die Reinhaltung der Bäder von Eisen, Kupfer usw.; deshalb sollen sie von Zeit zu Zeit abfiltriert werden. Es lassen sich alle Metalle sofort versilbern, doch empfiehlt sich bei Starkversilberung ein vorheriges Verquiden. Metalle, die sich schlecht verquiden lassen, wie Nickel, Eisen und Stahl, werden vorher verpulvert oder vermeißelt oder in einem Vorversilberungsbad versilbert. Ein solches Vorversilberungsbad enthält im Liter Wasser 30 g Feinsilber als Chlorfällung und wird durch Cyanalkaliumlösung bis auf eine Badkonzentration von 20° B_e gebracht. Man arbeitet mit 6 Volt und versilbert höchstens nur eine Minute unter steter Bewegung.

Durch die Verquiden wird eine Quecksilberschicht auf der Oberfläche des Warenmetalls erzeugt, die sich dann mit dem Silbernieder schlag legiert und so ein besseres Haften bewirkt. Man verwendet heute reine und cyanalische Quecksilber, letztere sind vorzuziehen und am meisten gebräuchlich.

Saure Quecksilber: 100 g Sublimat, 120 g Salzsäure und 1 Liter Wasser.

Cyanalkalische Quecksilber für Starkversilberung: 20 bis 25 g Cyanalkalium, 25 g Cyanfällung und 1 Liter Wasser.

Cyanalkalische Quecksilber für leichte Versilberung: 10 bis 15 g Cyanalkalium, 20 g Cyanfällung und 1 Liter Wasser.

Die gut entfetteten Gegenstände werden kurze Zeit in die Quecksilber getaucht, bis sie sich gleichmäßig überzogen haben. Ein schlechter Quecksilberüberzug läßt sich durch Abreiben über offener Flamme entfernen. Nach dem Verquiden muß die Ware gut gespült werden, ehe sie ins Silberbad kommt. Leichte Versilberung führt man in einer Viertelstunde aus, dagegen werden stärkere Niederschläge nach einer Viertelstunde aus dem Bad genommen und unter Benutzung von Seifenwurzgelablösung mit Meßing oder Neusilberbürstchen übergezogen, gut gespült, verquiden und je nach der verlangten Silberauflage 1 bis 3 Stunden versilbert. Da in der Versilberungsindustrie fast ausschließlich bewegte Bäder verwendet werden, wird die Arbeitsdauer wesentlich verkürzt, denn diese gestatten die Anwendung höherer Stromdichten und erzielen eine gleichmäßige Silberauflage; besonders bei stark profilierten Gegenständen.

Der matte Silbernieder schlag wird mit rotierenden Metallbürstchen unter Benutzung schlüpfriger Flüssigkeiten blank getragt und poliert mit dem Polierstahl oder der Polierscheibe unter Anwendung von Blutstein. Das Polieren von Hand wird zum Teil durch Maschinenarbeit ersetzt, so hat man zum Beispiel maschinelle Einrichtungen zum Stahlpolieren der Bestecke. Ferner wird heute fast überall das Kugelpolierverfahren zum Vorpolieren verwandt. Mit rotierenden Poliermaschinen werden Tablett, Weinfässer und große Gegenstände unter Benutzung von feinstem Schwabbelstoff und Polierrot poliert.

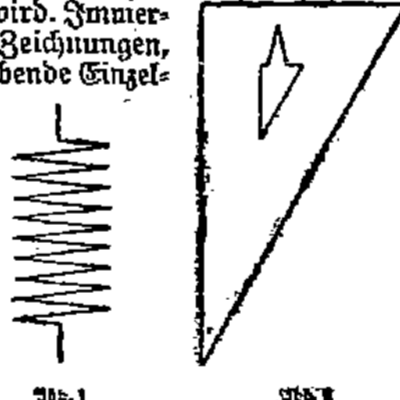
Mißlungene Silbernieder schläge werden in konzentrierter Cyanalkaliumlösung abgezogen oder elektrolytisch aufsilbert. Man verwendet hierzu folgenden Entsilberungsbeleg: 50 g Cyanalkalium gelöst in 1 Liter Wasser. Die Waren werden als Anoden eingehängt, als Kathoden verwendet man Eisen- oder Bleiplatten. Die Badspannung beträgt 7 bis 8 Volt bei einer Arbeitsdauer von 10 bis 15 Minuten je nach der Stärke des Niederschlags.

Die völlige Wiedergewinnung von Silber aus alten Lösungen, Schwämmern oder aus dem Abfall der Werkstatt spielt bei dem hohen Preis des Silbers eine wichtige Rolle. Sehr wichtig ist vor allem die Wiedergewinnung des Silbers aus alten Silberbädern. Zu diesem Zweck füllt man die alten Bäder in Flaschen ab und setzt je Liter 3 bis 5 g Zinkstaub zu. Die Flaschen werden im Tage mehrmals geschüttelt; in 2 bis 3 Tagen ist das Silber ausgefällt. Dann löst man mit Salpetersäure den überschüssigen Zinkstaub und fällt mit Salzsäure das reine Chlorfällung aus, welches wieder als Zusatz zu Silberbädern verwandt werden kann.

R. Schuch, Chemiker.

Eine Vorrichtung zum Zeichnen

Auch beim Zeichnen soll man wirtschaftlich arbeiten und Darstellungen vermeiden, die unnötig viel Zeit und Mühe verbrauchen. Deshalb verwendet man ja zum Beispiel für die Darstellung von Schrauben, Zahnrädern usw. besondere Vereinfachungen, auf Grund derer die sonst mühsame Darstellung mit weniger Strichen und in kurzer Zeit ermöglicht wird. Immerhin gibt es aber eine ganze Reihe von Zeichnungen, auf denen sich langwierige und zeitraubende Einzelheiten nicht vermeiden lassen. Dahin gehören zum Beispiel Zickzacklinien (Abb. 1), die der Darstellung von Spiralfedern oder — in der Elektrotechnik — von induktionsfreien Widerständen dienen. An solche Zeichnungen muß man immer erst mit dem Maßstab heran, umständlich Punkt für Punkt festlegen und dann mit dem Bleistift vorzeichnen. Aufgaben dieser Art lassen sich durch eine sehr einfache Vorrichtung am Zeichenbrett wesentlich beschleunigen; wie aus Abb. 2 hervorgeht, schneidet man sorgfältig mit dem Messer eine Kerbe innen in den Zeichenbrett hinein, deren Öffnung der häufig gebrauchten Zickzacklinie entspricht. Wie diese Kerbe dazu zu verwenden ist, ergibt sich von selber. Meistens wird man mit einer einzigen auskommen; wenn das nicht der Fall ist, muß man eben auch die beiden anderen Innenkanten des Winkels anschnitten.



Fortschritte der Röntgentechnik

Die Entdeckung der Röntgenstrahlen ist in wissenschaftlicher und technischer Hinsicht von der allergrößten Tragweite gewesen; man benutzt die Strahlen heute in der Medizin sowohl für Untersuchungs- als auch für Heilzwecke in der erfolgreichsten Weise, in der Chemie verstanden wir ihnen eine wertvolle Bereicherung unserer Kenntnisse über die Zusammenfassung der Materie und in der Technik gewinnen die Strahlen immer größere Bedeutung für die Untersuchung von Werkstoffen (Radiometallographie und Röntgenplastographie). Man schrieb das Jahr 1895, als Konrad Röntgen, damals Professor der Physik in Würzburg, jene seltsamen Strahlen aufwand, die er als X-Strahlen bezeichnete. Mit Untersuchungen über Kathodenstrahlen beschäftigt, stellte er eines Tages fest, daß von der Kathodenröhre unsichtbare Strahlen ausgehen, die die Körper je nach ihrer Dichte mehr oder weniger stark durchdringen bewirgen; auch andere Velehrte, die mit Kathodenstrahlen Versuche anstellten, hatten diese Strahlen sozusagen vor sich, ohne sie indessen als solche zu erkennen. Es gibt dies zum Beispiel von Plücker, Goldstein, Ertz, Crookes und anderen. Die Röhre, die Röntgen bei seinen ersten Versuchen benutzte, war nur von geringer Abmessungen und einfachster Form: in eine hinreichend luftverdünnte Glasröhre waren zwei Elektroden eingeschmolzen; legte man an diese hohe Spannungen an, so ging von der negativen Elektrode, der Kathode, ein Zug Elektronen hinweg, die die Kathodenstrahlen bildeten; dort, wo nun das Strahlenbündel auf die Glaswand auftraf, und nicht weiter konnte und das Glas zu grünlichem Leuchten anregte, dort entstanden die Röntgenstrahlen. Es ist ein langer Weg, der von dieser ersten im Herbst des Jahres 1895 erstellten Röhre bis zu den heutigen Ausführungen führt, und um die Fortschritte zu ermessen, seien einige Riffen angefügt. Vor etwa 30 Jahren noch brauchte man, um das Röntgenbild eines Brustkorbes aus einiger Entfernung Entfernung aufzunehmen zu können, eine Einwirkungsdauer von 30 Minuten; heute erzielt man die gleiche Aufnahme, mit viel kleineren Einzelheiten, in 2,5 Meter Abstand im Zeitraum von einer Zehntelsekunde. Aus 7 Meter Entfernung nimmt man jetzt das Röntgenbild eines Menschen in seiner ganzen Größe auf. In der Radiometallographie werden heute Stahlröhre von 90 Millimeter Stärke noch von Röntgenstrahlen glatt durchdringt. In der Röntgentherapie sind heute Spannungen von 200 000 Volt nichts ungewöhnliches und Anlagen mit 600 000 Volt Gleichstrom sind bereits in Laboratorien im Betrieb. Die Röntgenröhren, die vor etwa

80 Jahren nur über Spannungen von 80 000 oder 40 000 Volt aushielten, arbeiten heute mit 250 000 Volt und darüber. Was die Verbesserungen der Röntgenröhre anlangt, so war der erste wichtige Fortschritt der, daß in den Gang der Kathodenstrahlen ein dünnes Metallblech, die Antikathode, eingeführt wurde, von der dann die Röntgenstrahlen ausgehen; später folgte die Glühkathode. Von Bedeutung war ferner die Einführung eines Regulators: die Röntgenröhre wird nach längerem Betriebe kalt, das heißt die Luftverdichtung nimmt zu und wird derart, daß die Kathodenstrahlen nicht mehr hindurchtreten können; durch Einbau einer besonderen, zu erhaltenden Vorrichtung, eben dieses Regulators, gelingt es, etwas Gas der Luft nachzuführen. Benutzt man in der ersten Zeit zum Betrieb der Röntgenröhren Elektrifiziermaschinen, so wurden diese bald durch Induktionsapparate mit Hammerunterbrecher ersetzt. Ein Fortschritt war dann die Einführung des elektrolytischen Unterbrechers von Wehnelt sowie des Quecksilberstrahlunterbrechers, der heute viel benutzt wird. Der letzte Fortschritt besteht in der Verwendung von Glühkathodenröhren, die hochgespannten Gleichstrom für die Speisung der Röntgenröhre liefern. Von Wichtigkeit war es schließlich auch, als man die Gefährlichkeit der Röntgenstrahlen erkannt hatte, diese dosieren zu lernen und einen hinreichenden Schutz gegen unerwünschte Strahlung aufzufinden. Man verwendet in dieser Beziehung hauptsächlich Blei aus Schwermetallen, insbesondere Blei. Besonders Augenmerk schenkt man in der letzten Zeit der sogenannten Sekundärstrahlung oder Streustrahlung: treffen die Röntgenstrahlen auf irgend ein Hindernis, so entsteht eine neue Strahlung; die durchsichtige Luft, die bestrahlten Körper, der Kranke selbst sind Quellen dieser Streustrahlung, gegen die man sich schützen muß.

Die Süßmoßbewegung

In den meisten obstbautreibenden Gegenden macht sich immer mehr eine Bewegung geltend, den abgepreßten Obstsaft, den Most, nicht mehr vergären zu lassen, sondern in jüngerem Zustande zu konsumieren. Derartige Süßmoße sind sehr angenehme und gesunde Getränke, da sie wertvolle Stoffe enthalten, die durch die Gärung vollkommen verloren gehen, so zum Beispiel die Vitamine und den Fruchtzucker. Es gibt eine ganze Reihe von Verfahren zur Haltbarmachung von Fruchtstäften, doch sind sie nicht alle gleich empfehlenswert. Am geringwertigsten ist der Zusatz von Chemikalien, wie zum Beispiel der Bor säure, Salzsäure und Benzoesäure oder deren Salze anzupressen; man erreicht zwar gährungslose Säfte, allein sie sind nicht mehr naturrein und die Zusätze sind der Gesundheit nicht gerade sehr zuträglich, so daß in geordneten Staaten zum Teil solche Mittel untersagt sind oder aber Deklarierungszwang besteht, jedermann sofort auf den Gefäßen die Art der Konservierung erkennt. Das beste Verfahren ist ohne Zweifel das Rälteverfahren, das darin besteht, die Säfte dauernd auf 1 Grad Celsius unter Null zu halten, was in wirtschaftlicher Weise nur in großen Anlagen durchführbar ist. Für den Haushalt und die bäuerlichen Betriebe ist das Sterilisieren, das heißt das Erhitzen auf 70 Grad Celsius das praktikabelste Verfahren; der Geschmack des Saftes leidet erfahrungsgemäß ein wenig, erinnert entfernt etwas an Dörrobst, falls etwas höhere Wärmegrade angewendet werden. Man kann den in verschlossenen Flaschen eingefüllten Most auf dem Wasserbade sterilisieren, auch größere Gefäße, wie Korbflaschen oder das von einer Firma für die Konservierung von Obststäften in den Handel gebrachte Aluminiumgefäße eignen sich dazu. Im Gegensatz zu diesem Verfahren mittels Flaschen sind auch das sogenannte Offenverfahren Anwendung; man erhitzt den Saft außerhalb der Gefäße und füllt ihn nachher in den keimfrei gemachten Behälter, zum Beispiel in ein Holzgefäß über. Es ist klar, daß der einmal keimfrei gemachte Saft vor jeder Infektion auf das peinlichste bewahrt werden muß, namentlich auch vor atmosphärischer Luft. Eine einzige Feszele, die in den Saft gelangt, bewirkt Gärung; man sieht daher leicht ein, daß das Entfernen der Verschlässe und das Abziehen aus dem Fasse, ohne daß Keime hinzutreten, viel schwieriger ist als das Entfernen der Fässer. Zur Haltbarmachung des Mostes im Faß benutzt man besondere Sterilisiertrichter, die auf das Faß aufgeschraubt werden. Man wendet dann um und erhitzt den Trichter mittels Petrol- oder Benzinlampen oder auch mittels eines Holzfeuers oder elektrischer Energie und erreicht dadurch, daß der erhitzte Saft nach oben steigt und der kalte herabsinkt, also eine Zirkulation eintritt. Bei einem anderen Verfahren werden elektrisch geheizte Tauchröhren in das mit Saft gefüllte Faß hineingehängt. Bei dem Offenverfahren erhitzt man den Most in einem geeigneten Kessel und füllt dann in das mit heißen Wasser vorgewärmte Faß über, wobei zu beachten ist, daß beim Zuziehen des vollkommen gefüllten Fasses die Safttemperatur etwas über 70 Grad C beträgt. Auf keinen Fall darf man zum Erhitzen des Mostes Kessel aus Eisen- oder Zinkblech benutzen, da erstere eine Schwärzfärbung des Saftes, letztere einen kratzenden Geschmack hervorbringt, der darauf zurückzuführen ist, daß das Zink mit den fruchtsäuren Verbindungen einget. Soll das Faß mit dem haltbar gemachten Süßmoß angefüllt werden, so hat man darauf zu achten, den einzufließenden Saft vorher keimfrei zu machen und auch die oben eindringende Luft zuvor durch ein Glasfilter dringen zu lassen.

Das elektrische Herz

Man weiß schon längst, daß durch die Tätigkeit des Herzmuskels im lebenden Menschen schwache elektrische Ströme hervorgerufen werden und durch Spiegelgalvanometer nachzuweisen sind, die noch ein zehn-millionstel Ampere abzulesen gestatten. Versuche, die kürzlich von dem Chirurgen Sauerbruch und dem Physiker Schumann angestellt wurden, um möglicherweise in der Umgebung lebender Wesen auch magnetische Felder nachzuweisen, führten zu keinem Ergebnis, hingegen gelang es diesen Forschern, wie in der Zeitschrift für technische Physik näher ausgeführt wird, mit den in der Neuzeit zur Verfügung stehenden hochempfindlichen Apparaten einwandfrei elektrische Felder festzustellen. Es gilt also als sicher, daß durch Vorgänge im Körperinneren, insbesondere Muskelzusammenziehungen, auch elektrostatische Ladungen hervorgerufen werden, die den Raum um die Versuchsperson in ein elektrisches Feld umwandeln. Die Versuchseinrichtung bestand im wesentlichen aus einem Saitengalvanometer, einer Dreizählrohrverstärkung und einer Platte, die mit dem Gitter der ersten Röhre verbunden war. Um alle äußeren Einwirkungen abzuwehren, befand sich die Platte innerhalb eines großen Faraday'schen Drahtgefäßes; wurden nun die zu beobachtenden Objekte, zum Beispiel ein abwechselnd gekrümmter Armmuskel oder ein atmender Brustkorb, in die Nähe der Auffangplatte gebracht, so bewirkten die auftretenden, wechselnden Ladungen entsprechende Ausschläge am Galvanometer. Wie empfindlich die Mechanordnung von elektrischen Ladungen überhaupt beeinflusst wurde, erhellt aus folgendem: Strich sich die im Abstand von 2 Meter von der Platte befindliche Versuchsperson mit einem Kamme durch die Haare, so mußte ein besonderer Neben schlag zum Galvanometer gelegt werden, weil dieses seine Instrumente sonst zerstört worden wäre.

Lötmittel Silkef und Alulot

Diese zwei neue Lötmittel für Gußeisen und Aluminium werden von der Firma F. Schöntal & Co., Berlin SW 48, Friedrichstraße 82, hergestellt. Die vielen Anfrager mögen dies zur Kenntnis nehmen.



Familie und Heim



Der Krieg

Und der Krieg, er kam wie der Sturm in der Nacht,
Und er klopfte an alle Fenster,
Ihr schlafenden Völker erwacht, erwacht,
Schon nahen des Grauens Gespenster.

Schon strecken die knöchernen Finger sie aus,
Und die Schwerter sie zücken und wehen,
Und aus eisernen Schländen, wie Donnergebräus,
Drohn Tausenden Tod und Entsetzen.

Und es flammt zum Himmel blutrot in der Rund,
Und es raucht aus chaotischen Trümmern,
Gott Mammon will auf zerschmettertem Grund
Ein Weltreich, ein neues, sich zimmern.

Und für dies Weltreich zahlen Tribut
Die vergevaltigten Massen,
Die für den Moloch müssen ihr Blut
In Strömen vergießen lassen.

Des Mammons Seele ist Habsucht und Neid,
Ist Herrschsucht im Schachergetriebe,
Und wo sie atmet, nimmer gedeiht
Die Blüte der Menschenliebe.

Verhülle dein Antlitz, Göttin Kultur,
Noch ist dir dein Sieg nicht beschieden,
Noch töltet der Mord, und es spendet nur
Der Völker Freiheit den Frieden.

W. L. Rosenbergs

Pharisäer

Der weite Fabrikhof liegt in der Vormittagssonne. Lustig blinzelte sie in die Augen all der Männlein und Weiblein, die auf Brettern und Risten, auf umgestürzten Schubkarren und Käffern ihr Vesperbrot verzehren. Manches wichtiges Redewort fliegt unter dem Jungvolk hin und her. Die Älteren unterhalten sich bedächtig über die Tagesereignisse.

„Na, Agnes, einen feinen Bräutigam hast du, das muß man sagen!“ ruft der rotbaartige Benni seinem Gegenüber, einer ersten Beamtin, zu. „Jetzt wirds wohl nimmer so pressieren mit der Hochzeit?“

„Hat noch nie gepresst!“ entgegnet das Mädel ruhig, „denn wenn ich jeden heiraten müßte, der mir gut Freund ist, so hätte ich viel zu tun.“

„So ist's wirklich wahr,“ mischt sich ein Dreher ins Gespräch, „daß der Selger Killas auf Raab und Fall entlassen worden ist?“

„Kein Wunder!“ macht sich der älteste Lehrbub wichtig. „Wenn einer als Ausgeber einfließerte Gelder im Gesamtbetrag von sechzig Mark veruntreut, so...“

„60 Mark! Ein jöhner Buben!“ pötte die Agnes. „Aber was er verdient hat, der arme Teufel, danach fragt niemand. Noch weniger als ein Hilfsarbeiter hat er gehabt und dabei mußte er als eifrigster Mensch jeden Handgriff extra bezahlen. Wie oft hat er mir geflagt, daß er sich mit noch jeden zweiten Tag ein warmes Mittagessen leisten könne, daß er nimmer wisse, wovon er Schuhe und Kleider reparieren lassen solle; von Kleiderreparaturen sei ohnehin schon keine Rede mehr.“

„Was Unrecht ist, bleibt Unrecht,“ bedeutet ein Monteur schief. „Da konnte sonst jeder von uns hergehen und sagen: Der Lohn ist zu knapp, wir verlegen uns aufs Stehlen.“

„Mit dem Lohn hätte sich der Killas sicher nicht an fremdem Gut vergreifen!“ trunzt die Agnes auf. „Auch ich verachte das Unrecht an sich, aber ehe ich den Menschen verdamme, der es begangen hat, forsch' ich doch nach den Ursachen. Es ist ein himmelweiter Unterschied, ob einer mit vollen Taschen Tausende und Hunderttausende veruntreut oder ob einer mit leerem Magen ein paar Mark sich aneignet, nur um sich wieder einmal satt essen zu können.“

„Das ist alles recht und schön!“ nimmt ein Schlosser das Wort, „aber schließlich kann man doch nicht gut von der Firma verlangen, daß sie den Killas wieder einstellt.“

„Diesen Punkt will ich gar nicht weiter erörtern,“ erklärt die Agnes, „obwohl ich allerhand drüber sagen ließe. Aber jedenfalls sollten wir als Kollegen den armen Menschen nicht lassen, sondern ihm zeigen, daß er nicht ausgehöhlet ist aus der menschlichen Gesellschaft. Sonst bekommt und verhungert er ja ganz.“

Die Fabrikpforte unterbricht die Unterhaltung. Nach Schlußschluß schließt Agnes den Weg zu Killas Selgers Wohnung ein. „Daß mich mitgehen!“ sagt der rote Bursche und tritt an ihre Seite. „Weißt, Geld habe ich keins mehr, morgen ist ja erst Besoldung.“

„Was ist's mit dir?“ ruft er misstrauisch, „aber ein paar gute Agnesen von meiner Schwägerin bringe ich ihm mit. Da kriegt er leipige Gedanken.“

„Ja, ja, der Killas ist schon daheim. Wahrscheinlich hat er sich ein bißchen hingelagert, weil sich gar nichts rührt,“ gibt die Hauswirthin Auskunft. „Dreimal klopfst Agnes an die Zimmerthür, dann drückt sie die Hände nieder. Die Türe gibt schon nach, es ist, als bräde etwas dagegen. Als man beide im Zimmer sehen und sich umgucken, bricht Killas mit einem gelenden Gesichtsausdruck in die Türe. Vom Kleiderkasten an der Türe kommt Killas Selger.“

„Er hat dies für besser gehalten, als zu warten, bis die Pharisäer sich beschleunigt würden.“

„Eine Viertelstunde vor Arbeitsbeginn sind im ersten Werkstück alle Beschäftigten eines großen Werkes...“

„Die Arbeit war ihnen — dem Arbeiter noch würde...“

„... die eigene Welt für die Jugend halten — schwingt sich auf einen Stuhl und beginnt: „Habt ihr eine kleine Ahnung, warum ich euch hierher bitten ließ?“

„Nein,“ von allen Seiten.

„Ihr wißt doch selber alle, daß gestern unsere Kollegin Gertrud einen kleinen Schaden bekommen hat. Da wäre es nun...“

ganz angebracht, wenn wir ihr unseren Glückwunsch und ein kleines, praktisches Geschenk für ihr Kerlchen schicken.“

Ein entrüstetes Durcheinander. „Gratulieren und schenken? Eine Strafpredigt sollte man ihm halten, dem 18-jährigen Jungen! Wäre gescheiter!“ — „Da laufe ich mir doch, schon lieber Schokolade, als daß ich für so eine und ihren Bag was hergebe!“ — „Wenn ich mal ganz verrückt bin, ja! Aber so hieße es geradezu den Leichtsinns und die Biederlichkeit unterstützen.“

Nun aber ist's Jungs Worten zuzuhören. „Einen Augenblick Ruhe, wenn ich bitten darf! Und nun will ich euch etwas sagen: Wer von uns ohne Schuld ist, der werfe den ersten Stein auf sie!“ Dabei sieht sie eine nach der andern an. Und alle die wütenden, vorwurfsvollen Blicke senken sich. Und alle wissen: Wenn eine von ihnen noch ganz makellos ist, so ist's Jungs. Die aber fährt in eindringlichem Tone fort: „Wer von uns noch steht, der soll froh sein und dem Schicksal danken. Es gibt viele Stunden im Menschenleben, wo die Begriffe von Recht und Unrecht sich verwirren. Und wer sich selbst als schuldig bekennen muß, der soll zweimal froh sein, daß er nicht so schwer büßen muß wie unsere Gertraud.“

Eine kleine Pause. Dann klingt die weiche Stimme wieder: „Nachdem wir eine Dichterin und eine Malerin in unserer Mitte haben, könnten wir ein recht hübsches Gratulationskärtchen anfertigen. Und als Geschenk wäre vielleicht ein hübsches Tragkleidchen am geeignetsten. Was meint ihr?“

„Ja, ja, ein hellblaues Tragkleidchen, weiß doch ein Bub ist — mit Schleifen natürlich — und ein Häubchen dazu, mit einer Rüsche und Seidenbändern — und Blumen stecken wir hinein — ganz zart und duftig muß es aussehen!“

Die junge Mutter ist bis zu Tränen gerührt von der Aufmerksamkeit ihrer Kolleginnen. Bis in die tiefste Seele hinein tut es ihr wohl, daß sie nicht als „uneheliche Mutter“ über die Achsel angefaßt wird, sondern daß alle erst recht lieb und freundlich mit ihr sind. Du lieber Himmel, sie hat ohnehin so viel Schweres durchmachen müssen.

„Und doch hätten auch gerade Sie, Frau Müller, mal eine Ausspannung nötig. Wie wärs denn, wenn ich Ihnen etwas hülfte?“ meinte Frau Völter.

„O nein!“ wehrte sie ab, „das ginge doch nicht! Aber wenn Sie einmal in der Woche unsere beiden Großen mitnehmen, wäre ich Ihnen sehr dankbar.“

Das versprach Frau Völter gerne, aber die beiden Kleinen müßten dann auch mit, für die sei die Waldluft ja so sehr, sehr gut und weit gingen sie nicht.

Da brach von neuem ein Jubel los. „O wir dürfen auch mit, wir dürfen mit in den Wald!“ jauchzten die vier Müllers-Kinder. In Rubis und Ernas Augen stand eine große Sehnsucht und Rubi murmelte vor sich: „Ich rüde aus. Ich will auch was von meinen Ferien haben!“

Während die Kinder die Vorbereitungen zu der Waldtour trafen, ging Frau Völter zu Frau Lehmann hinüber und fragte, ob sie nicht ihre drei auch mitnehmen solle.

Frau Lehmann aber wollte nichts davon wissen. „Was zerreißt die Kinder! Was kostet solche Tour! Wenn Sie das können, ich kann mir solchen Luxus nicht erlauben!“

„Sie wissen, daß wir ebenso mit jedem Pfennig rechnen müssen. Uns kosten die Touren aber nicht mehr, als wenn wir zu Hause wären. Wir gehen zu Fuß, nehmen uns Butterbrote, ein wenig Obst, etwas Milch und Kaffee zum Trinken und für jeden ein Ei mit und haben dann umsonst die frische, gesunde Luft, Sonnenchein und Freude. Das Einzige ist wohl, daß ich die Schuhe acht Tage eher als sonst bescholen lassen muß. Das ist doch aber kein Grund, den Kindern eine Ferienreise zu verjagen.“

Und was bringen die Kinder für einen Appetit mit! Die essen das Doppelte da draußen!“

„Liebe Frau Lehmann, das sollen sie auch, das wird ihrer Gesundheit nur gut tun. Und so etwas dürfte für Sie überhaupt nicht maßgebend sein. Seien Sie doch einmal Mutter! Gönnen Sie Ihren Kindern einmal eine reine, gesunde Freude! Sie werden doch sonst so viel an sie! An Kleidern, eleganten Schuhen und dergleichen sparen Sie doch nicht! Und was haben die Kinder davon? Sie dürfen sich nicht rühnen, um sich nicht zu beschmücken, sie werden eitel und fangen an, ihre Mitmenschen nur nach äußerlichkeiten zu beurteilen.“

„Meine Kinder sollen auch vorwärts kommen im Leben! Und dazu gehört in erster Linie Ordnung und Sauberkeit.“

„Ganz gewiß; aber die lernen sie nicht, wenn Sie die Kinder nicht zur Hülfsleistung heranziehen. Sie machen viel zu viel selbst. Sie raderen sich viel zu sehr ab. Sie hätten auch eine kleine Ferienzeit nötig.“

„Ich? Ich was! Ich hab keine Zeit!“

„Liebe Frau Lehmann, kaufen Sie den Kindern dieses Jahr keinen neuen Mantel mehr und keinen neuen Anzug und gönnen Sie sich und Ihren Kindern einmal eine wirkliche, natürliche Freude und Erholung!“

„Kann ich nicht. Meine Wohnung würde verkommen, wenn ich einfach so davonläufe.“

„Na, dann ist Ihnen nicht zu helfen.“

Frau Völter verließ traurig die Nachbarin und ging zu Frau Müller hinüber, um mit ihr zu beraten, ob nicht auch sie ein wenig Ferien machen könne.

„Schauen Sie, Frau Müller, einen Tag in der Woche müssen Sie mit Ihren Kindern los, ich lasse dann für Ihren Mann.“

„Das geht nicht, ich muß doch Arbeit abliefern.“

„Ich helfe Ihnen einen Tag nach.“

Herr Müller sah die müden Augen seiner Frau, die sich abarbeitete, weil er schon so lange krank war und nichts verdienen; sah die erwartungslos aufleuchtenden Augen seiner Kinder und blinnte in das gute, treue Gesicht der Nachbarin.

„Frau Völter, wenn Sie meine Frau in den Wald brächten, Sie täten einen großen Liebesdienst. Wenn es Ihnen nicht zu viel wird, das mit dem Nähen...“

Ferien!

Frau Emma ist eine überaus fleißige Frau, sauber und peinlich ordentlich. Sie ist morgens die erste und abends die letzte. Sie schafft und quält sich den ganzen Tag, um die Wohnung blank, die Kleider ihrer drei Kinder heil und frisch und den Anzug ihres Mannes stets fein gebügelt zu haben. Dann findet sie immer noch Zeit, für eine Näherei Heimarbeit... denn sie will ihren Kindern eine gute Ausbildung lassen werden lassen. Ihre Kinder sind ihr Stolz, sie will mit ihnen und durch sie glänzen, und darum sorgt und radert sie sich ab.

Sie radert sich wirklich ab, viel zu viel! Man merkt es ihr an, daß sie mal ausspannen, mal Erholung haben müßte. Die Augen haben dunkle Ränder, die Hände befallen oft ein Jucken und die Stimmung ist leicht ein wenig gereizt. Nervenüberreizung!

Rubi kommt mit einem guten Zeugnis heim und Erna hat ein Lob bekommen. Beide sind der Meinung, daß es diese Ferien etwas Besonderes geben müsse: eine Wanderung von mindestens vierzehn Tagen mit mehreren Freunden und Freundinnen. Erudigen jagt noch nicht viel, sie hat zum ersten Male Schulferien.

Frau Emma fährt ihre beiden Großen an: „Vierzehn Tage wandern wollt ihr? Und wer soll eure Schuhsohlen bezahlen und all das Zeug, was ihr auf solcher Tour zerreißt? Ihr denkt wohl, ich laße das Geld auf der Straße? Nein, daraus wird nichts! Ihr habt's so gut genug! Ich habe in eurem Alter anders ran müssen. Ferien! So was hats für mich nie gegeben! Ich hab' der Mutter geholfen und Kinder verwahrt, daß ich auch mal 'n Groschen mit heimbringen konnte! Aber ihr? Ihr tut ja den ganzen Tag nichts als 'rumstehen!“

„Ja, Mutter,“ jagte Erna, „du läßt mich ja auch gar nicht richtig helfen, ich mache es dir nie gut genug.“

Rubi und Erna drückten sich aus der Küche heraus. Ihre Mutter war ja so fleißig und gut und sorgte so treu, so aufopfernd für ihre Kinder, aber über der Sorge für das äußere Wohl ihrer Familie vergaß sie ganz die seelischen Bedürfnisse.

Die beiden Geschwister standen mit unfrohen Gesichtern am Gartentor und hörten, wie nebenan Erna und Frieda und Karl mit ihrer Mutter die schönsten Ferienpläne machten.

„Nicht wahr, Mutter, du gehst doch mit? Der Sommer ist doch so kurz, den mußt du doch auch genießen!“ jagte Karl, und Erna meinte: „Schau, das Reinemachen lassen wir mal die Zeit über, jedes macht gleich ein Jahr, jetzt ist es aus und hilft beim Aufkommen, und um 9 Uhr gehts dann mit Rudolph los. Futtertage für den ganzen Tag wird mitgenommen und abends um 9 Uhr sind wir wieder daheim.“

„Aber der Vater?“ warf Frau Erna ein.

„Vater muß gleich von der Fabrik aus auch kommen, wir machen eine kleine Party aus, der nicht weit ist, wo wir uns gegen 5 Uhr treffen, dann hat er auch noch einige schöne Stunden Waldluft,“ lächelte Frieda vor.

„Ja, und an den Regenagen — denn immer wirds ja doch nicht schön sein — helfen wir dir mit bei der Hausarbeit, und nachmittags machen wir Spitzchen, nicht wahr, Mutter?“ jagt Erna.

„Bist du,“ ordnete nun die Mutter die Pläne, „einen um den andern Tag gehe ich mit euch, Vater trifft uns abends, dann machen wir Rahmcreme, denn mir liegt wohl viel an frischer Waldluft, an bunten Blumen, Vogelklang und blauem Himmel, das kann ich alles in der Nähe haben, aber es liegt mir weniger an anstrengenden Märschen, den Aufregungen habe ich daheim genug. An den andern Tagen kann ich dann weitere Touren machen und ich bleibe daheim und mache in Ruhe meine Arbeit.“

Dieser Vorschlag fand dann allgemeinen Beifall. Und die Väter Stube sprangen umher, tanzen, lachen, jauchzten und wappten sich vor lauter Fortwende kaum zu lassen.

Rubi und Erna Lehmann fanden am Gartentor mit neidischen Blicken nach in ihren Ferien wuchs ein Pfanzlein empor, die Gärten.

„Was ist's auch mit euch?“ fragte Erna jetzt zu ihnen hinüber.

„Ja,“ jagte Rubi, „dazu hat unsere Mutter keine Zeit.“

Und Erna sagte hinzu: „Man zerreißt auf so Touren so viel, das können unsere Eltern nicht bezahlen.“

„Nein,“ meinte Frau Völter, „man zieht halt auch keine Ladung und tolle Kleider an auf Wanderungen.“ Mehr jagte sie nicht, aber es hat ihrem mütterlichen Herzen in der Seele weh, daß die Kinder so viel natürliche und kostbare Freude entbehren sollten, nur weil die Mutter ihre Kinder fern von ihnen wollte.

Das ließ sich noch eine andere Nachbarin im Garten finden, die die maniere freilich hinausgeschickt hatte. Sie sah auch ein wenig überaus besorgt aus, denn es lag eine ganze Last auf ihr. Zwei Säuglinge und zwei Kleinkinder und einen kranken Mann galt es zu versorgen. Da raffte sie sich nicht für die Rahmcreme in ihrer Wohnung.

„Ich möchte den Kindern auch gern eine Ferienreise machen,“ jagte sie zu Frau Völter, „doch weiß ich nicht, wie ich anstellen soll. Es bleibt mir beim besten Willen auch nicht ein freier Nachmittag.“

Solche schönen Ferien hatten sie alle noch nicht erlebt. Einen Tag ging Frau Völter mit der großen Kinderchar, die sich in frohem Spiel in Wald und Wiese tummeln konnte, während sie selbst sich einen geschützten Platz suchte und der Kinder Strümpfe stopfte.

„So bin ich doch nicht ganz faul und habe doch Erholung dabei,“ jagte sie sich und kam abends froh mit ihrem Häuflein zurück.

Einen andern Tag ging Frau Müller mit allen los und genoss den blauen Himmel, den grünen Wald, die bunten Blumen und die köstlich erfrischende Luft. Sie hatte natürlich auch Flidarbeit mitgenommen, sonst hätte sie ihren Ausflug für unverantwortlich gehalten. Aber es war doch unjagbar schön, einmal angelehnt des weiten Himmels mit den sichenden weißen Wölkchen und all der Naturherrlichkeit einen ganzen Tag zu verbringen. Gestärkt und dankbar kehrte sie heim, wo schon die treue Nachbarin Abendbrot fertig gemacht hatte und ihr behilflich war, die Kleinen ins Bett zu bringen, damit nicht nach dem schönen Tag durch die Ungemüchlichkeit des Heimkehrers die Freude gedämpft wurde.

Nur Frau Lehmann erlebte keine Ferien, war launischer und unzufriedener denn je, schalt mit den Kindern, die ebenfalls ständig und unfroh waren, bis sie schließlich die Erlaubnis erhielten, an den Wanderungen der anderen teilzunehmen. Sie selbst aber konnte sich nicht entschließen, um das Herzenswohl ihrer Kinder willen einmal selbst frohe Mutter zu sein und einmal Alltag, Geldverdienen, Sorgen und Kleinlichkeiten abzutun. O nein, dazu war sie eine viel zu ordentliche Frau, als daß es bei ihr möglich war, daß etwas anders ging, als es sich für einen tadellosen, sauberen Haushalt schied.

Frau Völters und Frau Müllers Haushalt war aber sicher nicht heruntergekommen in dieser Ferienzeit. Gewiß blieb diese oder jene Arbeit mal liegen; aber dafür hatten sie andere Werte erworben: Erholung der Herzen, des Gemüths, des ganzen Körpers und somit Spannkraft erhalten für den kommenden Winter mit seinen Anforderungen.

Ein Reinfall

Der Herr des Hauses kam hungrig wie ein Wolf heim und fiel über einen großen Schinken her, von dem er ein großes Stück verschluckte, ehe ihm ein unangenehmer Geschmack auffiel. Dann fand er endlich Zeit, sich lebhaft darüber bei seiner Frau zu beklagen. Die Dame jagte gar nichts, sondern klingelte nur dem Mädchen. Als dieses erschien, stellte ihre Herrin eine Frage, die eigentlich wenig geeignet war, ihren Mann zu befriedigen.

„Marie,“ forschte sie ernsthaft, „was haben Sie mit dem Schinken gemacht, den wir für die Ratten vergifteten?“

Kindermund

Die vierjährige Erna hat vom Vater einen Kaps bekommen und jagt deshalb zur Mutter: „Du, Mutter, wenn ich mal groß bin, nehme ich mir keinen Mann. Der hat mit Hof meine Kinder.“

Neue Weltmeisterchaft

Sildegard Braun, eine Pädagogin in dem Städtchen Rosenthal, beschenkte ihren Ehemann mit dem dreizehnten Zwillingsspar — womit sie die Weltmeisterchaft auf diesem Gebiete erworben zu haben glaubt und offenbar auch wirklich erworben hat.

Der Arbeitsschutzgesetzentwurf

Der Regierungsentwurf zum Arbeitsschutzgesetz ist vor kurzem dem Reichsrat vorgelegt worden. Das neue Gesetz bezweckt die Zusammenfassung und Ergänzung aller Bestimmungen zum Schutze der menschlichen Arbeit, die heute in der Gewerbeordnung, der Arbeitszeitverordnung und im Bürgerlichen Gesetzbuch verstreut liegen.

Der neue Gesetzentwurf beschränkt sich auf eine Regelung des Schutzes gegen die gesundheitlichen und sittlichen Gefahren des Betriebes, die Regelung der Arbeitszeit, der Sonntagsruhe, des Radenschlusses und der Arbeitsaufsicht. Es ist augenfällig, daß eine ganze Reihe wichtiger Streitgegenstände ausgeschaltet werden, zum Beispiel der Urlaub, die Arbeitsordnung, die Lohnzahlung, das Zeugnis u. a. m. Das ist mit voller Absicht geschehen, wie aus der amtlichen Begründung des Entwurfs hervorgeht, da diese Gebiete zweckmäßigerweise dem eberfalls in Vorbereitung befindlichen Arbeitsvertragsgesetz überlassen bleiben sollen. Ausgenommen vom Wirkungsbereich des Gesetzes sind ferner die Heimarbeit, die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei und Binnenfließschiffahrt sowie der Hauswirtschaft, für die Sonderregelungen erfolgen sollen.

Der Rechtscharakter des Gesetzes ist öffentlich-rechtlicher Natur. Im Arbeitsschutzgesetz werden zum Schutze der Arbeit im öffentlichen Interesse Grenzen gezogen und Normen aufgestellt, zu deren Einhaltung der Arbeitgeber dem Staate gegenüber verpflichtet ist. Bei Ansprüchen aus dem Arbeitsvertrag erfolgt Klage beim Arbeitsgericht, bei Ansprüchen aus dem Arbeitsschutzgesetz hat Anzeige bei der Aufsichtsbehörde zu erfolgen. In unwesentlichen Punkten greift allerdings das Arbeitsschutzgesetz in den Arbeitsvertrag ein, zum Beispiel bei der Regelung der Mehrarbeitsbezahlung.

Im folgenden soll an Hand des Inhalts des Gesetzentwurfs geprüft werden, inwieweit die Erwartungen der Arbeiterschaft erfüllt und die sozialen Notwendigkeiten berücksichtigt werden.

1. Abschnitt: Allgemeine Vorschriften

Das Gesetz erfaßt die „Arbeitnehmer aller Art“, ausgenommen in Betrieben der Land- und Forstwirtschaft, Tierzucht, Fischerei, Seefischerei und Luftfahrt und der Hauswirtschaft. Als Arbeitnehmer gelten Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge. Nicht als Arbeitnehmer gelten Heimarbeitende, Angestellte in leitender Stellung, Beamte in öffentlichen Diensten, Geistliche, Assistenten und Praktikanten in Apotheken. Verantwortlich für die Durchführung der Bestimmungen ist der Arbeitgeber, er kann die Verantwortung auf Dritte übertragen, bleibt aber trotzdem neben diesem verantwortlich, wenn er es bei der Auswahl und Beaufichtigung dieser Personen an der nötigen Sorgfalt hat fehlen lassen. Hat die Mittelperson auf Anweisung eines Vorgesetzten gehandelt, so ist der Anweisende verantwortlich.

Daß Landwirtschaft und ähnliche Produktionszweige, die stark von jahreszeitlichen und Witterungseinflüssen abhängig sind, einer besonderen Regelung bedürfen, ist klar. Auch für die Hauswirtschaft muß eine besondere Regelung erfolgen. Neu ist die Einbeziehung des Verkehrsgewerbes in den Geltungsbereich des allgemeinen Arbeitsschutzes, was insbesondere die Eisenbahner begrüssen werden.

2. Abschnitt: Betriebsgefahren

Der Arbeitgeber wird verpflichtet, den Betrieb (Räume, Maschinen, Apparate usw.) sowie den ganzen Arbeitsvorgang so zu gestalten, daß die Arbeitnehmer vor gesundheitlichen und sittlichen Gefahren soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Es ist auch für genügende Beleuchtung, Entlüftung, Entsaugung und Reinigung sowie für Feuerchutz zu sorgen. Aufenthaltsräume, Umkleide-, Wasch- und Waderäume sind nach Bedarf zu stellen, desgleichen Vorkehrungen zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen. Für jugendliche und weibliche Arbeitnehmer sind darüber hinaus, besondere Vorkehrungen zu treffen, die durch die Jugend und das Geschlecht bedingt sind. Dem Arbeitnehmer, der sich gegen jugendliche oder weibliche Arbeitnehmer seines Betriebes eines Vergehens gegen die Sittlichkeit zuschulden kommen läßt, kann die Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeitnehmer verboten werden. Der Reichsarbeitsminister kann bei Arbeitern, die mit besonderen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit verbunden sind, die Arbeitszeit beschränken oder die Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Personen verbieten. Im übrigen hat das Arbeitsaufsichtsamt im Einzelfalle anzuordnen, wie der Schutz für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit durchzuführen ist. Verstöße gegen diese Anordnungen werden mit Geldstrafen bedroht. Auch kann die Landesbehörde die erforderlichen Maßnahmen (Schutzvorrichtungen, Aufenthaltsräume usw.) auf Kosten des Arbeitgebers ausführen lassen oder auch den Betrieb, wenn eine dringende Gefahr vorliegt, schließen. Für bestimmte Maschinen und Einrichtungen können bestimmte Schutzvorrichtungen vorgeschrieben werden. Der Reichsarbeitsminister kann bestimmte Maschinen und Einrichtungen, auch Arbeitsstoffe, die gesundheitsschädliche Bestandteile enthalten, nur in Verkehr gebracht werden, wenn sie den von ihm festgesetzten Anforderungen zum Schutze der Gesundheit entsprechen.

Soweit die Bestimmungen zum Schutze von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit, die gegenüber dem bestehenden Recht nur unwesentlich erweitert sind. Neu ist die Bestimmung, wonach dem Arbeitgeber, der sich sittlicher Verfehlungen gegenüber jugendlichen und weiblichen Arbeitnehmern „seines Betriebes“ schuldig gemacht hat, die Beschäftigung dieser Gruppen untersagt werden kann. Neu ist auch die Bestimmung, wonach für Maschinen und Einrichtungen bestimmte Schutzvorkehrungen vorgeschrieben werden können, bevor sie in den Verkehr kommen. Das dürfte die Hersteller veranlassen, schon beim Bau der Maschinen an die Unfallsicherheit zu denken. Das sind die wesentlichen Neuerungen. Ob die Bestimmungen insgesamt den technischen Umwandlungen in den Betrieben, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, genügen, bleibt sehr fraglich. Es kommt allerdings sehr auf die Anwendung und Handhabung durch die Aufsichtsbehörden an.

3. Abschnitt: Arbeitszeit

Die regelmäßige Arbeitszeit wird auf 8 Stunden begrenzt. Durch Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung oder Arbeitsordnung kann eine anderweitige Verteilung vorgenommen werden in der Weise, daß an einzelnen Wochentagen bis zu einer Stunde länger gearbeitet wird, doch darf die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden dadurch nicht überschritten werden. Wird nur an 5 Tagen gearbeitet, so kann die tägliche Arbeitszeit um 2 Stunden überschritten werden bei Einhaltung der durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit von 8 Stunden im Zeitraum von zwei Wochen. Wenn in mehreren Schichten gearbeitet wird, darf die Arbeitszeit anders geregelt werden unter Einhaltung der durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit im Zeitraum von drei Wochen. Voraussetzung ist in allen diesen Fällen das Vorliegen eines Tarifvertrages, einer Betriebsvereinbarung oder einer Regelung durch die Arbeitsordnung. Ferner kann die tägliche Arbeitszeit um zwei Stunden überschritten werden bei Einhaltung der durchschnittlichen achtstündigen Arbeitstages im Zeitraum von zwei Monaten in besonderen Fällen (Eisenbahndienst). Eine solche Regelung bedarf der Zustimmung der Aufsichtsbehörde. Ein nicht gesetzlicher Feiertag kann durch Mehrarbeit, die durch Tarifvertrag,

Betriebsvereinbarung oder Arbeitsordnung geregelt sein muß, innerhalb zwei Wochen vor bis zwei Wochen nach dem Feiertag ausgeglichen werden. Wenn infolge außergewöhnlicher Ereignisse Arbeit ausfällt, so kann sie bei einem Ausfall bis zu einem Tage innerhalb einem Monat, bei mehr als einem Tage innerhalb drei Monaten nachgeholt werden. Eine solche Regelung ist nur durch Tarifvertrag möglich. Durch Tarifvertrag kann ferner im Saisongewerbe die tägliche Arbeitszeit um zwei Stunden verlängert werden, wenn der achtstündige Arbeitstag im Durchschnitt eines Jahres nicht überschritten wird.

Der Grundsatz des achtstündigen Arbeitstages wird durch eine Reihe von Ausnahmen unterbrochen. Diese Ausnahmen beziehen sich jedoch nur auf eine anderweitige Verteilung der Arbeitszeit, nicht auf eine absolute Verlängerung, denn die durchschnittliche achtstündige Arbeitszeit darf in einem bestimmten Zeitraum nicht überschritten werden. Wo dieser Zeitraum zum Beispiel eine Woche beträgt, darf die 48stündige Arbeitszeit nicht überschritten werden, bei zwei Wochen die 96stündige usw. Wichtig ist auch, daß die anderweitige Verteilung immer an einen Tarifvertrag, eine Betriebsvereinbarung oder die Arbeitsordnung, also an die Mitwirkung der Gewerkschaften oder des Betriebsrats gebunden ist. Der kollektive Gedanke des werdenden Arbeitsrechts tritt hier klar in Erscheinung. Für die Arbeiterschaft ergibt sich die Lehre: die beste Sicherheit gegen einen Mißbrauch der Ausnahmebestimmungen bieten starke Gewerkschaften und Betriebsräte.

Eine Verlängerung der Arbeitszeit gestattet der Entwurf bei Beendigung der Kundenbedienung um 20 Minuten, bei Reinigung und Instandhaltung von Maschinen, Öfen usw. um eine Stunde und bei Bedienung von Kraft-, Beleuchtungs-, Heizungs- und Anlagen sowie bei der Vorbereitung von Pflanzstoffen und -geräten um zwei Stunden täglich. Der Reichsarbeitsminister kann ferner durch Verordnung bestimmte Arbeiten als unter diese Ausnahmen fallend bezeichnen. Voraussetzung ist immer, daß es sich nur um einzelne Arbeiter des Betriebes handelt.

Bei Vorliegen von Arbeitsbereitschaft darf die Schichtdauer bis zu 12 Stunden verlängert werden einschließlich zwei Stunden Pause. Es sind im Entwurf ausdrücklich genannt: Feuerwehrlente, Heilgehilfen, Personal in Speise-, Wasch- und Aufenthaltsräumen, Wächter, Pförtner, Ausläufer, Führer und Begleiter von Kraftfahrzeugen, Wärter an Maschinen und Anlagen, die nicht unmittelbar der Güterverladung dienen. Ausdrücklich ausgenommen sind Feizer und Wärter an Dampfesseln. Für Führer und Begleiter von Kraftfahrzeugen kann die Schichtdauer noch über 12 Stunden hinaus dauern; es ist lediglich eine achtstündige, bei Lastfahrzeugen eine zehnstündige Ruhezeit zu gewähren.

Wenn irgend eine Bestimmung des Entwurfs schärfste Kritik verdient, dann die über die Arbeitsbereitschaft. Schon im bestehenden Recht hat dieser Begriff zu langwierigen und erbitterten Streitigkeiten geführt. Es mußte erwartet werden, daß bei einer Neuregelung eine engere Umgrenzung des Begriffs erfolgte. Wenn schon zwischen Arbeit und Arbeitsbereitschaft unterschieden wird, dann muß das Gesetz eine genaue Begriffsbestimmung geben.

Bei Kraftwagenführern und -begleitern ist eine Schichtdauer von 16 Stunden, bei Lastwagen von 14 Stunden zugelassen. Wenn man auch zugeben muß, daß bei diesen Gruppen Arbeitsbereitschaft in weitem Umfange vorkommen kann, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß hier große Unterschiede vorkommen. Sehr oft werden Chauffeurs mit Nebenarbeiten beschäftigt. Diese Umstände zwingen zu einer Änderung dieser Bestimmungen des Entwurfs.

Mehrarbeit ist bei dringendem Bedarf bis zu zwei Stunden täglich, jedoch höchstens 60 Stunden im Jahr zugelassen. Durch Tarifvertrag kann diese Mehrarbeit auf 300 Stunden im Jahr erhöht werden. Mangels eines Tarifvertrages kann das Arbeitsaufsichtsamt die Mehrarbeit bis zur Höchstgrenze von 300 Stunden im Jahr festsetzen, wenn wichtige, über das Einzelinteresse hinausgehende Gründe vorliegen. Für einzelne Gewerbegebiete kann der Reichsarbeitsminister noch über die Grenze von 300 Stunden Mehrarbeit zulassen. Voraussetzung ist auch hier das Vorliegen von wichtigen, über das Einzelinteresse hinausgehenden Gründen und die tarifliche Regelung. Die tägliche Höchstgrenze von zwei Stunden kann durch den Reichsarbeitsminister aufgehoben und die für das Jahr zulässige Mehrarbeit für bestimmte Gewerbe, wie das Be- und Entladen von Schiffen, Bank-, Zeitungsgewerbe usw. anders verteilt werden. Der Reichsarbeitsminister kann andererseits für Arbeiter, die mit besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit verbunden sind, die Mehrarbeit ausshließen oder einschränken.

Für alle Mehrarbeit ein Zuschlag zum Lohn, der mangels anderer Vereinbarung 25 vH betragen muß, zu zahlen.

Die gesetzliche Regelung der Mehrarbeit bezweckt eine Anpassung der Arbeitszeit an die wirtschaftlichen Schwankungen. Auch das Washingtoner Abkommen läßt aus diesen Gründen Überstunden zu, überläßt jedoch die Regelung im einzelnen der Gesetzgebung. Diese Regelung ist von nicht unerheblicher wirtschaftlicher und sozialpolitischer Bedeutung. Sie beeinflusst die Beziehungen zwischen Konjunktur und Arbeitsmarkt. Läßt das Gesetz für Mehrarbeit einen weiten Spielraum, so wird verhindert, daß die günstige Konjunktur zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes führt. Die Konjunktur führt dann eben nicht zu Neueinstellungen, sondern zu verlängerter Arbeitszeit der im Betriebe befindlichen Arbeiter. Eine allzu starke Einengung der Möglichkeiten zu Mehrarbeit kann allerdings zu einer Schädigung der Wirtschaft führen, da nicht in jedem Fall und in jedem Betriebe die zeitweisen Schwankungen im Auftragsbestand durch Neueinstellungen aufgefangen werden können. In solchem Falle würde ein Verbot der Mehrarbeit zu einer Drosselung der Produktion führen. Man dürfte erwarten, daß, nachdem die Arbeiterschaft jahrelang die schwersten Opfer gebracht hat, den sozialpolitischen Interessen und dem Schutzzweck des Gesetzes mehr Bedeutung gegeben wurde. Einer sorgfältigen Prüfung der Bestimmungen nach dieser Richtung hin hält der Entwurf nicht stand. Die Bedingungen, unter denen Mehrarbeit zugelassen wird, sind so weit gefaßt, daß ihre Anwendung einer glatten Durchbrechung des grundsätzlichen Achtstundentages gleichkommt.

Für Jugendliche wird das Schutzalter bezüglich der Nachtarbeit auf 18 Jahre heraufgesetzt. Ausnahmen in Betrieben mit ununterbrochener Arbeitszeit kann der Reichsarbeitsminister zulassen. Bei Jugendlichen bis zu 16 Jahren darf Arbeitszeit und Berufsurlaub zusammen 52 Stunden, bei Jugendlichen von 16 bis 18 Jahren 58 Stunden in der Woche nicht überschreiten.

Die letztere Bestimmung über die Anrechnung der Berufsurlaubzeit wird den Forderungen der Arbeiterschaft nach erhöhtem Arbeitsschutz nur teilweise gerecht. Sie ist ein unbefriedigendes Kompromiß zwischen den Forderungen der Arbeiter und dem ablehnenden Standpunkt der Unternehmer. Ihre Änderung muß verlangt werden.

Die Krisenfürsorge

Nach längerem Zögern hat nun endlich die Reichsregierung die Verlängerung der Unterstützungsdauer der Krisenfürsorge vorgenommen. Sie hat nicht erst eine Probenlösung vorgenommen, sondern die Dauer der Unterstützung von 26 auf 39 Wochen verlängert. Die bis zum Herbst geplante Hinauschiebung ist auch unterblieben und die Neuregelung tritt am 17. September in Kraft.

Damit hat die Reichsregierung den dringenden Vorstellungen der Gewerkschaften, des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und der sozialdemokratischen Reichsfraktion Rechnung getragen. Zu beachten ist bei der Neuregelung, daß alle Krisenunterstützten, die seit (1. Juli) Ablauf der Übergangsbestimmungen infolge Erschöpfung der Bezugsdauer von 26 Wochen ausgeteuert wurden, nun in den Genuß einer weiteren Bezugsdauer bis zu 39 Wochen kommen.

Um zweckmäßigsten wäre es, wenn die Verordnung, die die Unterstützungsdauer auf 39 Wochen festsetzt, benutzt werden würde, um die gesamte Materie der Krisenunterstützung, die durch ihre Verteilung auf verschiedene Verordnungen und Erlasse recht unübersichtlich geworden ist, zu vereinheitlichen und dadurch die Arbeit für die ausführenden Arbeitsämter erheblich zu erleichtern. Man würde so auch den Arbeitslosen, die ein Anrecht auf die Krisenunterstützung haben, die Möglichkeit geben, sich selbst über das Ausmaß ihres Anspruchs zu unterrichten; bei der jetzigen unübersichtlichen Regelung des Stoffes der Krisenunterstützung ist das für einen Arbeitslosen völlig unmöglich. Gerade die Unterrichtung für jeden Einzelnen ist notwendig, damit nicht in kleineren Arbeitsämtern durch die Unwissenheit der Arbeitslosen eine falsche Auslegung der Bestimmungen erfolgt und die Arbeitslosen geschädigt werden.

Durch den Kabinettsbeschluss über die Verlängerung der Höchstdauer ist der sich stark verschlechternden Arbeitsmarktlage keineswegs Rechnung getragen worden. Notwendig ist, daß die Forderung der freien Gewerkschaften auf die Ausgestaltung der Krisenfürsorge zur Reichsarbeitslosenfürsorge bald in Angriff genommen wird. Es muß eine der Hauptaufgaben des im Herbst zusammen tretenden Reichstages sein, diese unabweißbare Pflicht des Reiches im Einklang mit den Bestimmungen der Reichsverfassung zu erfüllen. Die Notwendigkeit, ein Bindeglied zwischen der Arbeitslosenversicherung und der Wohlfahrtspflege zu schaffen, wie sie die Reichsarbeitslosenfürsorge darstellen soll, ist durch die amtlichen Statistiken zur Genüge erwiejen.

Derringerung der Sterblichkeit

Das Ringen der Gewerkschaften um kürzere Arbeitszeit, höheren Arbeitslohn, mehr Arbeitsschutz und Arbeitsrecht hat — wenn auch die Erfolge oft durch die dünne Redensart: „Was ist denn besser geworden gegen früher?“ geleugnet werden — einen Erfolg zu verzeichnen, der langsam gekommen ist, aber um so größere Beachtung finden sollte. Die hemmungslose Ausbeutung früherer Jahre, die heute durch die Arbeiterbewegung unterbunden ist, bräde sich durch den schnellen Verbrauch der Lebenskräfte des arbeitenden Menschen aus. Frühzeitiger Tod war das Schicksal der Industriearbeiter. Eine wirkliche Besserung ist zu verzeichnen.

Die Errechnung der Sterblichkeitsverhältnisse in Deutschland für die Jahre 1924/26 liegt jetzt vor. Aus ihr ist zu ersehen, daß das Durchschnittsalter der Männer von 48,8 Jahren im Jahre 1910 auf 56 Jahre gestiegen ist, das der Frauen sogar von 38,5 Jahren auf 58,8 Jahre.

Im einzelnen ergibt sich folgendes: Die Säuglingssterblichkeit ist seit Beginn des 20. Jahrhunderts um 44 vH gesunken. Es starben im ersten Lebensjahre in den Jahren 1924/26 154 vom Tausend der lebergeborenen Knaben und 93,9 vom Tausend der Mädchen. Im dritten bis sechsten Lebensjahre ist die Sterblichkeit der Knaben und Mädchen auf ein Fünftel bis ein Sechstel ihrer früheren Höhe gesunken. Von den zehnjährigen Knaben starben 1,4 vom Tausend und von den zehnjährigen Mädchen 1,2 vom Tausend. Erheblich schwächer ist die Verminderung der Sterbefälle in den Altersstufen von 15 bis 25 Jahren. Sehr erheblich ist der Rückgang der Sterblichkeit der erwachsenen Männer. Von 1000 dreißigjährigen Männern starben nur noch 4,1 gegenüber 5,6 im Durchschnitt der Jahre 1901 bis 1910. Die Sterblichkeit der 35- bis 40jährigen hat um rund 40 vH abgenommen. Bedeutend höher als die Sterblichkeit der erwachsenen Männer ist die der 30- bis 35jährigen Frauen, hauptsächlich infolge der Gefährdung durch Schwangerschaften. Auch die Zahl der sterbenden Männer in der Altersklasse zwischen 45 bis 50 Jahren hat mit einer Abnahme um rund 40 vH einen günstigen Stand erreicht. Etwas geringer ist die Abnahme in den höheren Altersstufen. Immerhin ist bei den Sterblichkeitsfällen der 70jährigen Männer eine Verringerung von 69,4 auf 58,1 und bei den Frauen von 62,1 auf 52,0 vom Tausend zu verzeichnen.

Die starke Abnahme der Sterblichkeitsziffer bedeutet eine Verschiebung des Altersaufbaues der Bevölkerung. Von einer gleich großen Masse lebendgeborener Deutschen erreichen jetzt 12 vH der Geborenen mehr das erwerbsfähige Alter als in den Jahren 1901 bis 1910 und sogar 25 vH mehr als unter den Sterblichkeitsverhältnissen der Jahre 1871 bis 1880.

Erholung in Herbstsonne

In nicht mehr fernem Tagen beginnt es in der jetzt sommerlichen Natur zu Herbsteln. Der Herbst in seiner Farbenpracht gibt der Natur ein Kleid, das wohl zu ihren schönsten zählen darf. Die Farben des Herbstes zu schildern ist unmöglich. Selbst einem Maler ist es nicht immer gegeben, sie mit seinem Pinsel festzuhalten. Der Herbst zählt mit zu den schönsten Jahreszeiten. Die drüdende Hitze des Juli-August ist vorüber, die Luft wird klarer und angenehmer. Beständige Witterung zieht ein. Vor allem in den Bergen ist eine beständige Witterung im Herbst eine bemerkenswerte Tatsache. Der Höhenreichtum der Wälder kommt voll zur Geltung und das meist schonere Wetter ladet zum Erholungsaufenthalte ein. Nachstehend Abbildung eines unserer Ferienheime, die nur im groben Umriß die schöne Lage deselben zeigt.



Die Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde“ e. G. m. b. H., Sitz Tenna, unterhält in den verschiedensten Gegenden unseres Vaterlandes, wir nennen nur: Thüringer Wald, Erzgebirge, im märkischen Lande, Sächsische Heide usw. Ferienheime, die es auch den mit irdischen Gütern nicht sonderlich bedachten Volksgenossen ermöglichen, in der herrlichen herbstlichen Natur auszuspannen und dort die für den Alltag so notwendige Erholung zu finden. Die Preise sind als tatsächlich nötig zu bezeichnen. Verlangt unseren illustrierten Herbst-Sonderprospekt, der über alles Wissenswerte Aufschluß gibt. Den Anträgen bitten wir Rückporto beizufügen.



Verbandsleben



Die Invalidenunterstützung auf dem Verbandstag

Begründung und Erörterung der Vorlage

Bei Abschluß der vorigen Nummer der MZ hatten wir den Teil des Stenogramms, der sich auf die Einführung der Invalidenunterstützung bezieht, nur stückweise zur Hand, so daß es unmöglich war, der verbandsgeschichtlich wichtigen Beratung im Gesamtbericht in geziemender Ausführlichkeit zu gedenken. Wir füllen heute die Lücke des Berichtes aus. Schriftl.

Die Berichterstatterung über die Invalidenunterstützung hatte der Vorstand dem Kollegen Ernst Schäfer übertragen. Er führte im wesentlichen aus: Es ist jetzt, wo der Verbandstag endgültig über die Einführung der Invalidenunterstützung beschließen soll, ratjam, einen kurzen Rückblick auf die Unterhaltungsbedingungen unseres Verbandes zu werfen. Bereits im Jahre 1897 sah sich unser Vorstand veranlaßt, dem Verbandstag eine Vorlage einzubringen, der die Arbeitslosenunterstützung vorschlug. Sie wurde zwei Jahre später eingeführt. Es dürfte kaum ein Kollege hier antworfend sein, der damals schon der Einführung sozialer Einrichtungen im Verband das Wort geredet hat. Im Laufe der Zeit aber hat sich hierin eine Wandlung in der Beurteilung des Wertes der Unterhaltungen vollzogen. Heute sind wir darin einig, daß die Arbeitslosenunterstützung den Kampfcharakter der Gewerkschaft nicht beeinträchtigt. Die gleiche Auffassung besteht auch in der kommunistischen Partei, wie ein Aufsatz in der Roten Fahne beweist, worin es heißt: „Wir Kommunisten sind selbstverständlich nicht gegen jede Art von Unterstützung. Neben der Streik- und Kampfunterstützung können Reise-, Langs- und Arbeitslosenunterstützung den Kampf und die Widerstandskraft des Proletariats gegenüber dem Kapital sehr wesentlich fördern.“

Jedenfalls ist der Einwand, daß soziale Unterhaltungen den Kampfcharakter der Gewerkschaft verwässern, widerlegt. Dies gilt nicht nur für unsere Verband, sondern auch für einen erheblichen Teil der dem MZB angeschlossenen Verbände. Die Heizer und Maschinisten, die Buchdrucker, die Buchbinder, die Lithographen, die Lederarbeiter, der Bergbau und noch andere haben die Invalidenunterstützung bereits in ihrem Statut. Die Fabrikarbeiter haben die Einführung beschlossen, die Holzarbeiter, Bekleidungsarbeiter und die Schuhmacher sind dabei, das gleiche zu tun. Man kann sagen, daß zwei Drittel der Verbände des MZB die Invalidenunterstützung haben oder sie einzuführen im Begriffe sind.

Es ist einzuwenden worden, daß es nicht Aufgabe einer freien Gewerkschaft sein könne, den Staat von seiner Verpflichtung den invaliden Staatsbürgern gegenüber zu entbinden. Es denkt natürlich niemand von uns daran, dem Staat diese Pflicht abzunehmen. Wir wollen aber für unsere Teil noch mehr als bisher praktische Solidarität an unseren Verbandskollegen üben, indem wir ihnen eine bestehende Rente bei dauernder Arbeitsunfähigkeit gewähren. Dagegen ist von einem kommunistischen Blatte eingewendet worden, eine Rente, wie wir sie beschreiben, sei ein Betrugsgeld, der die Kollegen im Alter oder bei Invalidität nicht schmeckt. Darauf ist zu sagen, daß wir uns glücklich schätzen würden, wenn wir den bürgerlichen Staat zwingen könnten, den Invaliden alljährlich einen „Betrugsgeld“ von 480 M. mehr zu gewähren, als er heute bei dem Wochenbeitrag von 2 M. zahlt. Und wie glücklich würden wir auch schätzen, wenn ihr in eurer Verwaltungstelle eine Lohnserhöhung durchsetzen könntet, die dem „Betrugsgeld“ von 480 M. gleichkommt. (Sehr richtig!)

Der Vorstand, führt Schäfer fort, mußte zuerst prüfen, ob die Invalidenunterstützung bindend (obligatorisch) oder freiwillig (fakultativ) sein sollte. Er hat sich einmütig dafür entschieden, daß die Unterstützung bindend sein soll für die Mitglieder, die Beiträge in Klasse 1 bis 3 leisten, und daß sie freiwillig sein soll für die weiblichen Mitglieder bei den Klassen 1 und 3. Es sind dann Vorstand und Erweiterter Beirat zu dem Entschluß gekommen, für die neue Unterstützung eine Beitragserhöhung je nach der Klasse von 30, 25 und 20 % die Woche vorzuschlagen und daß diese Erhöhung vollständig an die Hauptkasse abzuführen ist.

Für die neue Unterstützung sind Übergangsbestimmungen getroffen, die außerordentlich günstig für die Mitglieder sind. Hierfür wurden verschiedene Wünsche geäußert, unter anderem der, die verlorne Mitgliedsdauer bei den Übergangsbestimmungen in Anrechnung zu bringen. Das haben wir einmütig abgelehnt. Es geht nicht an, den Kollegen, die ihre Mitgliedschaft über Bord geworfen haben, dafür eine Prämie zu gewähren. (Sehr gut!) Hatte die Million Mitglieder, die uns materiell als wichtigste Stützen der Kassen lehren, der Organisation die Treue bewahrt, wir wären in der Lage gewesen, aber viel größere Erträge des Verbandes herbeizuführen zu können. In anderer Hinsicht aber sind wir bereit, eine Amnestie zu gewähren, und zwar in der Weise, daß diejenigen, die ihre Mitgliedschaft ohne Verzicht auf die Unterbrechung haben, das heißt durch Zahlung des Beitrags, die Mitgliedschaftsdauer voll anzurechnen. Es war selbstverständlich, daß wir den Kollegen, die Gründer unserer Organisation sind, weitgehend entgegenkommen.

Beachtenswert ist, was die finanzielle Unterstützung für ihren Beitrag gewährt. Wir verlangen eine Beitragserhöhung von 30 % die Woche in der 1. Klasse und zahlen dafür nach Leistung von 20 Wochenbeiträgen schon jährlich 240 M. Rente und nach entsprechender Beitragsleistung 480 M. Der Beitrag der invaliden Invalidenunterstützung beträgt monatlich 2 M. und die Rente, die dafür vom Staat entrichtet wird, beträgt im wesentlichen nicht mehr als 480 M., also nicht mehr als das, was wir für 30 % Beitragserhöhung leisten.

Die Arbeitslosen- und die Invalidenunterstützung haben sich als vorzügliches Werk- und Stützmittel unseres Verbandes erwiesen. Einmütig sind wir dem Vorstand und dem Erweiterter Beirat der Meinung, daß auch durch die Invalidenunterstützung der Kampfcharakter des Verbandes nicht beeinträchtigt, sondern erheblich gefördert wird. Aus diesem Grunde hätte ich, der Vorstandsmitglied zustimmen. (Schäfer Beifall.)

Reit (Hamburg), der Berichterstatter der Statistikkommission, erklärt, daß die Vorlage demnach ansehnlich in der Zeitung wie in den Verhandlungen erörtert worden sei, daß sich ein Eingehen auf ihre grundsätzliche Gründe erübrige. Er befragt sich dann mit den verschiedenen Vorschlägen und Wünschen zur Invalidenunterstützung nach der Stellung der Kommission zu ihnen. Am Schluß sagt er, die Forderung auf Einführung der Invalidenunterstützung ist günstig, aber er wünscht, daß sie sich auf den Verband beschränke und nicht auf den Staat ausgedehnt werden. (Beifall.)

Deitlinghaus (Göteborg): In der Arbeiter-Zeitung sind viele Beiträge zum Thema gekommen, aber keine einer, die eine unbedingte Zustimmung zur Invalidenunterstützung ausgedrückt hat. Verbandsmäßig. Es befindet sich eine Menge von Kollegen im Alter von 55 und 60 Jahren, die nicht invalide sind. Sondern- und Erwerbslosenunterstützung kann jeder Kollege bezogen, es er 20, 30 oder 60 Jahre alt, während er die Invalidenunterstützung nur beziehen kann, wenn er sehr alt ist. Ein 19-jähriger wird auch einer Unterstützung zum Beistand zum Verbandskollegen. Ich denke nicht an Invalidität. Es wird uns immer werden, bei dem für die Invalidenunterstützung können Beiträge die jungen Kollegen zu geben. In unserer Verwaltungstelle sind heute 20 Mann für diese

Unterstützung. Notwendiger ist die Erhöhung der Streikunterstützung. Sie ist heute selbst mit der Erhöhung, die der Vorstand vorschlägt, nicht ausreichend.

Föni (Berlin): Die Invalidenunterstützung wird kein Werbemittel für die Organisation sein. Der Buchdruckerverband soll mit dieser Unterstützungsart eine gewisse Festigkeit seines Mitgliederbestandes erlangt haben. Dies möchte ich bezweifeln. Wenn wir die Vorlage des Vorstandes unterstützen, beschließen wir uns des Werbemittels, die Arbeiterschaft zum Kampfe um staatliche Reformen aufzurufen. In der Gewerkschaftsliteratur der Vorkriegszeit haben wir immer darauf hingewiesen, daß die alten Personen und Invaliden unterstützt werden müssen, aber daß dies die Aufgabe des Staates zu sein hat. Wenn wir das Recht der alten Personen und Invaliden auf ausreichende Unterstützung anerkennen und diese Unterstützung vom Staate verlangen, so müssen wir fragen: Hat sich im Inhalt des Staates etwas geändert? Hat die Arbeiterschaft in Deutschland heute die Macht? Dies ist nicht der Fall. Vor dem Kriege wurde die Selbstfürsorge in den Vordergrund gerückt. Mit Ihrer Stellungnahme entziehen Sie eine der Selbsthilfsstützen der Arbeiterschaft ihrer Grundlage. Wer sich im kapitalistischen Staate verschließen will, soll die Einrichtungen in Anspruch nehmen, die dafür in Frage kommen. Gegen den reaktionären Staat muß die Arbeiterschaft organisiert werden. Ein Mittel dazu ist der Kampf um Reformen. Deshalb erwünschen wir, die Vorschläge des Vorstandes abzulehnen.

Slager (Berlin): Es ist die soziale Auswirkung der Beitragserhöhung, die mit der Invalidenunterstützung kommt, zu berücksichtigen. Die Behauptung über eine Überforderung der Beitragsleistung sind nicht ungerichtlich. Die geplante Beitragserhöhung von 30 bis 66% des Gesamtbeitrages, die durch die neue Unterstützung vermindert wird, läßt sagen, daß man auf die Höhe der Mitglieder, besonders der minderbemittelten, wenig Rücksicht nimmt. Meine Freunde sind nicht stark genug, um hier entscheidend eingreifen zu können. Es ist daher notwendig, daß über die finanziellen Auswirkungen der neuen Unterstützung mit aller Deutlichkeit gesprochen wird. Nach einem Jahr werden (nach den Angaben des Jahrbüchleins und nach dem Statut) erst 22 Mitglieder für die Invalidenunterstützung in Frage kommen. Der Vorstand hat also Zeit, ein großes Kapital anzuhäufen. Dieses wird nach zehn Jahren, wenn die volle Unterstützung in Kraft tritt, 50 bis 60 Millionen betragen. Dies allein würde die Invalidenunterstützung vom ersten Tage an rechtfertigen. Über die Verwendung des angesammelten Kapitals hat der Vorstand keine bestimmten Angaben gemacht. Sollte es für Kämpfe benutzt werden, dann wäre es gesagt worden. Oder will man es zur „friedlichen Durchdringung“ der Wirtschaft zu la Sindacat-Werke benutzen? Wie dem auch sei, die Einführung der Invalidenunterstützung muß abgelehnt werden.

Nachdem der Schluß der Aussprache angenommen, nimmt Schäfer das Schlußwort. Er befragt sich mit verschiedenen Einwänden der Redner. Durch die Einführung unserer Arbeitslosenunterstützung sei das Tempo der sozialen Sozialpolitik nicht verlangsamt worden. Wir denken nicht daran, die einkommenden selber am Gehaltsrand verschwinden zu lassen, sondern sie vorübergehend als Kampfmittel anzuwenden. Wenn von einem Gesamtbeitrag von 1,10 M. 30 % für die Invalidenunterstützung verwendet werden, so sind das nicht 66%, sondern nur 27%. Wieviel Invaliden wir in zwei Jahren haben werden, läßt sich natürlich nicht bestimmen. Aber es glaubt wohl niemand, daß unser Verband dann 5 % seiner Mitglieder als Invaliden zählen wird. Ich bitte daher nochmals, der Vorlage zuzustimmen.

Es wird dann nach persönlichen Bemerkungen über den Antrag abgestimmt, der verlangt, eine Abstimmung über die Invalidenunterstützung vorzunehmen. Dies wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Hiermit wird, wie schon berichtet wurde, die Einführung der Invalidenunterstützung mit allen gegen 45 Stimmen abgelehnt.

Beschickung der Wirtschaftsschule

Auf die Veröffentlichung des Kollegen E. Reichle in Nr. 31 der MZ über unsere Wirtschaftsschule möchte ich erwidern: Es wäre kein Fortschritt, wenn die Schule nur für die ersten Funktionäre unseres Verbandes wäre. Auch die Jugendbeziehung der Schule durch die Angehörigen, wie Kollege Reichle meint, wäre nicht das richtige, denn bei der Ausdehnung der Kurse durch die Bezirksleitungen sollen sich doch solche Kollegen melden, die ernsthaft an die Sache herangehen wollen, sich also freiwillig melden. Jedenfalls hat der Kollege, der sich freiwillig meldet, mehr Interesse an der Sache als der, der kommandiert wird. Voraussetzung ist natürlich, daß die Schule nicht als Erholungsheim, sondern als Lehranstalt betrachtet wird.

Ich nehme an, daß es noch viele keine Verwaltungsstellen innerhalb unseres Verbandes gibt, die 200 bis 600 Mitglieder aufweisen, aber keinen Angestellten hatten können. Wer oder macht denn da die Arbeit? Bei ihnen sind die Ortsverwaltungsmitglieder Mädchen für alles. Und gerade da ist es angebracht, daß diesen Kollegen solche Lehrgänge angeboten werden. Es denkt mich also falsch, diese kleinen Verwaltungsstellen für uninteressant zu behandeln, zumal bei ihnen die Zeit zum Selbststudium fehlt, weil man tagsüber der Berufsarbeit nachgehen muß und erst abends die Verbandsgeschäfte erledigt werden können. Ich möchte mich schon da dem Kollegen Jäger (Erlangen) und dem Kollegen aus Kiel anschließen.

Gerade muß noch bedacht werden, daß bei Eireichigkeiten der Kollegen mit der Betriebsleitung manchmal ruhig und entschlossen gehandelt werden muß. Da kann man also nicht zum Verbandsausgesehenen gehen, weil ja keiner da ist, sondern man muß eben selbst handeln. Und gerade in unserer Wirtschaftsschule kann man sich das für das Handeln nützlich aneignen. Ich möchte da nur die Gelehrten Eichter und Franckel heranziehen, die doch die arbeitsrechtlichen Fragen jedem Hörer verständlich vorzutragen verstehen. Auch die übrigen Lehrer erledigen sich ihrer Aufgaben sehr gut.

Ich möchte schon wünschen, daß der Vorstand nicht dazu übergeht, die Funktionäre der kleineren Verwaltungsstellen von dem Besuch der Schule auszuscheiden, sondern eher dazu, solche Kurse zu beschicken. Mit dem Kollegen Reichle kann ich nur darin übereinstimmen, daß die Verpflegung ausreichend und die dreiwöchentliche Unterbringung nicht zum Nachteil des Fortschritts ist. S. Fischer.

Silberarbeiter

Von der Silberarbeiter-Union in Nürnberg geht uns die Mitteilung zu, daß die Auseinandersetzung der Silberarbeiter nach Nürnberg wegen dort herrschender großer Arbeitslosigkeit nicht zu empfehlen sei. Die Silberarbeiterunion in Nürnberg sei in Verhandlung begriffen. Die angeseheneren deutschen Silberarbeiter hätten mit wenigen Ausnahmen keine Beschäftigung in ihrer Branche gefunden und seien oft schon lange Zeit nach ihrer Ankunft in die große Not geraten. Wir bitten unsere Kollegen, diese Warnung zu beachten.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: C.-N. 62841, 62842, 62848

Wahl des Vorstandes durch den 18. Verbandstag

Der Vorstand besteht nach § 25, Abs. 1 des Verbandsstatuts aus zwei Vorsitzenden, zwei Kassierern, vier Sekretären und acht unbesoldeten Beisitzern. — Auf dem Verbandstag in Karlsruhe wurde am 18. August 1928 gewählt als

- Vorsitzende: Alwin Brandes, Schlosser
Georg Reichel, Klempner
Kassierer: Ernst Schäfer, Dreher; Karl Schott, Graveur
Sekretäre: Otto Paulde, Dreher; Franz Mey, Heizungsmont.
Heinrich Schliestedt, Schlosser; Otto Lott, Dreher
Beisitzer: Walter Fischer, Mechaniker; Friedr. Großmann, Metallbrüder; Karl Faisle, Maschinenarbeit; Eugen Klobbächer, Mechaniker; Josef Kopp, Dreher; Joh. Dörmal, Mechaniker; Georg Schmalader, Mech.; Matthias Stetter, Klempner

Gemäß § 25 Abs. 3 und 4 des Verbandsstatuts gilt diese Bekanntmachung als Legitimation des Vorstandes.

Mit Sonntag dem 9. Sept. ist der 37. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. September 1928 fällig.

Anforderung zur Rechtfertigung:

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen ersohene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungsstellen, denen die Adresse des Aufgeforderten bekannt ist, wollen diese an den Vorstand melden. Das Mitgliedsbuch ist an den Vorstand einzufenden.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Münster i. W.:
Der Monteur Josef Grebe, geb. am 28. Mai 1902 zu Lippstadt, Mitgliedsbuch Nr. 6422506, wegen Nichtabrechnen mit Beitragsmarken.

Die Ortsverwaltung Karlsruhe bittet um Mitteilung über den Aufenthaltsort des Mitgliedes Ernst Burster, von Beruf Schlosser, geboren 30. September 1906 in Karlsruhe.

Von der Verwaltung Eßlingen wurde eine Mitgliedskarte Deutschher Jugendbergezeitung eingekandt, lautend auf den Namen Walter Heilig, geb. 1. Januar 1908. Dieselbe kann beim Vorstand eingefordert werden. Der Kollege ist auf Wanderjahre und ersuchen wir die Verwaltungen, den Kollegen bei Erhebung vor Reisezeld auf diese Bekanntmachung hinzuweisen.

Stuttgart, Hölzstraße 16. Der Vorstandsvorsitzende

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzubalten:

von Dreher und Glehern nach Graz (Andriker Maschinenfabrik A.-G.) D.;
von Klempnern und Installateuren nach Hamburg-Altona; nach Holland St.;

von Metallarbeitern aller Branchen nach dem Eisen- und Stahlwerk Pleißner-Herzberg (Verwaltungsst. Osterode a. H.) D.
D. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abstempeln zu lassen.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Das Jubiläum eines Kampfes

Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung läuft, oberflächlich betrachtet, in ruhigen Bahnen dahin. Doch ist sie reich an dramatischen Höhen, die das Leben bestimmter Arbeiterschichten bis in die Tiefe angereicht haben. Einer der größten Kämpfe der Arbeiterklasse war der Textilarbeiterstreik und -Aussperrung im Jahre 1903 in Grimnitzschau. Der Textilarbeiterverband veranfaßte am 19. August in Leipzig anlässlich der 25-jährigen Wiederkehr dieser denkwürdigen Ereignisse eine große Kundgebung. Ingeheim waren dem Rufe des Verbandes 2650 Genossen gefolgt; darunter viele, die schon vor einem Vierteljahrhundert treu zusammengestanden haben.

Dieses gewerkschaftliche Kampfsjubiläum geht die gesamte deutsche Arbeiterbewegung an. Haben doch die Weber von Grimnitzschau durch ihren heldenhafte Kampf gegen ein rücksichtsloses Schafmagerium gezeigt, wie die Belange der Arbeiterschaft durch unbesonnenen Zusammenhalt gerettet werden können. Wie die kämpferischen Weber durch die Verhältnisse in diesem Kampfe ausgepeitscht wurden, geht aus einem treffenden Artikel hervor, den der Redakteur des Textilarbeiters, Hugo Dreißel, in Nr. 33 der Gewerkschaftszeitung veröffentlicht. Es war ein jahrelanges Aufbauen gegen übermäßig lange Arbeitszeit und einer lächerlich geringen Lohn. Der die damaligen Vorgänge aus eigenem Erleben kennt, weiß, daß die Behörden die treuesten Stützen des Unternehmertums waren. Aber die geschlossene Front des Unternehmertums und der öffentlichen Gewalt veranlaßte die gesamte Arbeiterschaft Grimnitzschaus, sich eng zusammenzuschließen. In ganz Deutschland wurde gemeldet und reichliche Geldmittel sind nach Grimnitzschau geflossen. Der heldenhafte Kampf ging schiefher verloren, aber er war ein Gewinn für die gesamte deutsche Arbeiterschaft. Denn dieser Kampf zeigte mit aller Deutlichkeit, daß ohne härteres Zurückbleiben ohne starke Organisationen dem Unternehmertum nicht beizukommen war. Nicht nur der Textilarbeiterverband, sondern die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung begann seit diesem denkwürdigen Streit ihren Aufstieg.

Heute sind die Bedingungen des Gewerkschaftskampfes anders. Heute ist es nicht mehr möglich, eine gewisse Arbeiterschicht durch solche brutale Mittel zu Paaren zu treiben. Allein die Stärke und die Macht der Gewerkschaften nötigt den Unternehmern schon sofort Achtung ab, daß sie an so etwas nicht mehr denken. Auch die Behörden sind von dem Wehn geheilt, in einseitiger Weise gegen die Arbeiterschaft Stellung zu nehmen. Aber auch heute noch müssen harte und scharfe Kämpfe geführt werden. Und weil dies so ist, darf die Arbeiterschaft noch keineswegs daran denken, auf ihren Vorbeeren anzuhängen.

Eisenfragen des Weltmarktes

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind für Eisen und Stahl bei weitem das größte Produktionsland der Welt. Vor dem Kriege, im Jahre 1913, erzeugten sie für sich allein 31,5 Millionen Tonnen Roheisen und 31,8 Millionen Tonnen Rohstahl, während auf alle europäischen Länder zusammen auch nur 41 oder 39,3 Millionen Tonnen kamen. Dieses Verhältnis hat sich inzwischen noch zum Vorteil Nordamerikas verschoben. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1928 entfielen auf sie im Monatsdurchschnitt 3,1 Millionen Tonnen Roheisen und 4,3 Millionen Tonnen Rohstahl, auf ganz Europa nur 3,5 oder 4,1 Millionen Tonnen. An Stahl produzieren die Vereinigten Staaten jetzt also mehr, an Eisen fast ebensoviel wie ganz Europa.

Trotzdem haben sie auf dem Weltmarkt für diese Erzeugnisse in den letzten Jahren keine bedeutende Rolle gespielt. Wenig und immer weniger davon haben sie ins Ausland verkauft. Wenn wir schon von der ausnahmsweisen Steigerung ihrer Zufuhr während der Kriegsjahre absehen wollen, so haben sie doch in den letzten Vorkriegsjahren je 2,7 bis 2,8 Millionen Tonnen Eisen- und Stahlprodukte (außer Maschinen) auf den Weltmarkt gesandt, 1928 dagegen nur 2,2 Millionen und 1927 gar nur noch 1,9 Millionen Tonnen. Das hatte verschiedene Gründe; einmal stieg der Bedarf im Inlande gewaltig, zum Beispiel für Automobilindustrie, für das Bauwesen u. a., so daß die Preise und mit ihnen die Produktionskosten in Amerika derart gestiegen, daß ihnen der auswärtige Absatz zu billigeren Preisen nicht lohnte. Im Jahre 1923 zum Beispiel stiegen die Preise für Stahl- und Eisenerzeugnisse in den Vereinigten Staaten um 62 bis höher als 1913. Das sogenannte "Dumping" im Ausland, das heißt der Verkauf zu billigeren Preisen als das Inland zahlt, hat ja für das Kapital nur den Zweck, durch möglichst große Ausnutzung der Produktionsanlagen die verhältnismäßige Verteuerung der feststehenden Unterhaltungskosten zu vermindern oder womöglich zu verhindern. Wenn aber die Ware im Inland so stark begehrt ist, daß die Fabriken voll zu tun haben, fällt das weg.

Hierin scheint sich nun aber eine Änderung vorzubereiten. Die beiden größten amerikanischen Eisen- und Stahlproduzenten, die United States Steel Corporation (Stahltrakt) und die Bethlehem Steel Company haben soeben gemeinschaftlich eine besondere Stahl ausfuhrgesellschaft (Steel Export Association) gegründet, die, wie der Name sagt, eigens das Ausfuhrgeschäft pflegen soll. Was das zu bedeuten hat, kann man ermaßen, wenn man bedenkt, daß allein die United States Steel Corporation fast ebensoviel Stahl und Eisen produziert wie ganz Deutschland und ganz England zusammengekommen. Der Grund für die Schwelung ist klar: die Preise sinken. Schon 1926 standen sie nur noch um 35 bis über der Höhe von 1913 (anstatt der 62 bis von 1923). Der sinkende Preis zeigt an, daß für die so stark gewachsenen Produktionsmengen im Inlande keine genügende, zum mindesten keine so stürmische Nachfrage mehr vorhanden ist. Ist doch die Produktion der U.S.A. in folgendem Ausmaß gewachsen (Monatsdurchschnitt):

	1000 Tonnen	1913	1924	1925	1926	1927	1928
Stahl	2650	3212	3844	4039	3805	4280	
Roheisen	2622	2659	3108	3334	3098	3140	

Je geringer die Nachfrage im Inlande, desto mehr sind die Kapitalisten darauf angelegentlich, nach Absatz im Auslande Ausschau zu halten, um ihre Anlagen voll zu beschäftigen. Und je niedriger die Preise im Inlande, desto eher lohnt sich auch das "Dumping", die Anpassung an die ausländischen Preise oder gar deren Unterbietung. Die Gründung der Stahlexportgesellschaft ist ein deutliches Zeichen, daß die amerikanischen Kapitalisten entschlossen sind, diesen Weg zu beschreiten. Und wenn sie verhältnismäßig nur wieder ebensoviel ausführen wie vor dem Kriege, nämlich rund 3,5 bis ihrer Produktion, so würde ihre Ausfuhr alsbald um 1 bis 1,5 Millionen Tonnen jährlich wachsen und den Weltmarkt um ebensoviel belasten. Es liegt aber, gegenwärtig wenigstens, gar kein Grund vor, anzunehmen, daß die amerikanische Produktion nicht weiter wachsen wird oder daß sie sogar ohne weiteres Wachstum nicht gezwungen und imstande sein sollte, eine wachsende Menge an den Weltmarkt abzugeben. Nur macht aber die Gesamtzufuhr an Eisen und Stahl von Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und England nur zwischen 16 und 20 Millionen Tonnen jährlich aus. Man versteht, was es bedeutet, wenn da von Amerika 2 oder 3 oder gar 5 Millionen Tonnen hinzukommen.

Und dies ist nicht die einzige Gefahr. Zu wachsendem Angebot wird sich wahrscheinlich eine verminderte Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes gesellen. Das wichtigste Einfuhrland für Eisen und Stahl ist heute England. Es hat 1927 rund 4,4 Millionen Tonnen aufgenommen, das ist ein Viertel der europäischen Ausfuhr, Englands eigene Ausfuhr mit eingerechnet. Und gerade in England trägt man sich mehr und mehr mit der Absicht, die Einfuhr durch Schutzzölle abzuwehren. Noch ist es nicht soweit, aber in den beteiligten Kreisen rechnet man damit. Und man rechnet weiter, daß infolge der Schutzzölle die englische Einfuhr von Eisen und Stahl allmählich um etwa die Hälfte zurückgehen wird. Das wären 2 Millionen Tonnen. Also auf der einen Seite würden von Amerika 2 Millionen Tonnen Angebot hinzukommen, auf der anderen Seite in England ebensoviel Nachfrage wegfallen. Das Ergebnis wären nicht nur stark sinkende Preise, sondern wahrscheinlich die Unmöglichkeit, einen entsprechenden Teil der Produktion der anderen Länder überhaupt unterzubringen.

Was soll man dabei tun? Es kann nicht fehlen und wird nicht fehlen, daß bei dieser Gelegenheit wieder auf die Kapitalkräfte berufen werden, den Arbeitern einzureden, daß beide an einem Strang ziehen müssen. Kommt es so weit, können die Produkte im Ausland nicht abgesetzt werden, dann müssen soeben diese Fabriken stillgelegt, sonst viel Arbeiter entlassen werden. Also sehen wir vorläufig, daß die Kapitalisten den Arbeitern zumuten werden, sich Lohnkürzungen gefallen zu lassen, damit man die neue amerikanische Konkurrenz unter Kontrolle bringen könne. Aber kann das helfen? Die abgesetzte Gesamtmenge wird ja dadurch nicht größer. Es werden dann eben die Amerikaner ihren Arbeitern noch größere Lohnkürzungen zumuten, immer unter der Vorpiegelung, daß sie nur bei möglichst kleinen Löhnen sich jart essen können, und schließlich werden auch in dem einen oder in dem anderen Lande die Fabriken geschlossen werden. Welches Land das ist, wird für die Arbeiter leicht wenig ausmachen, weil bei solchem Betragen die Löhne der "Überlebenden" so winzig sein werden, daß es kaum noch einen Unterschied macht.

Selbst es gibt noch ein anderes Mittel, und das wird in der bürgerlichen Presse bereits eifrig erörtert. Aufbott sich gegenseitig bis zum Verzweifeln zu unterbreiten, kann man sich ver-

stärken, ein Weltkartell abschließen, Preise gemeinsam festlegen, Absatzgebiete verteilen usw. Das wird auch den Kapitalisten sicherlich helfen oder wenigstens einem Teil von ihnen, den großen und größten. Aber den Arbeitern? Auch das Weltkartell kann doch keinen Absatz zaubern, wo keiner ist. Es wird statt dessen das altbeliebte Mittel aller Kartelle anwenden: Einschränkung der Produktion. Und das ist dann für die Arbeiter Jode wie Pose, ob sie nun durch Stilllegung eines Teils der Fabriken oder durch Verminderung der Produktion in allen brotlos werden.

Der Kapitalismus mit seiner gänzlich sinnwidrigen und jetzt überdies noch veralteten, überlebten Organisation ist nicht imstande, irgend eine Schwierigkeit anders als für ganz kurze Zeit und anders als zum Schaden der Arbeiter zu lösen.

Ferien bei den Metallarbeitern der Schweiz

P. B. Die schweizerische Arbeiterchaft hat schon lange Ferien gefordert. Schon vor Jahren fand man diese Forderung nicht der Art Verkürzung der Arbeitszeit im gewerkschaftlichen Programm. Der schweizerische Metall- und Uhrmacherverband insbesonbere, dem ein starkes Unternehmertum gegenübersteht, führte an verschiedenen Orten heftige Kämpfe um die Einführung von Ferien oder ihre Erweiterung. Während es im Kleinergewerbe gelang, da ober dort die Ferien vertraglich festzulegen, war dies in der Maschinenindustrie nicht möglich. Dagegen sah sich der Unternehmerverband Schweiz, Metall- und Maschinenindustrieller veranlaßt, an seine Mitglieder gewisse Weisungen zu erlassen, die bei der Fertigung zu beobachten sind. Der Verband gab gewisse Höchstnormen aus, über die hinaus die einzelnen Betriebe nicht gehen sollen. Die bezüglichlichen Weisungen lauten:

Die Dauer der bezahlten Ferien richtet sich nach der Zahl der Dienstjahre, während welcher ein Arbeiter ununterbrochen oder mit höchstens einer Unterbrechung bei der betreffenden Firma beschäftigt war. Mehr- und Dienstjahre vor dem vollendeten 17. Altersjahr werden nicht angerechnet. Es erhalten Ferien:

Arbeiter mit mehr als 8 Dienstjahren	1/2 Woche
" " " " " " " " " "	1
" " " " " " " " " "	1 1/2 Wochen
" " " " " " " " " "	2

Als halbe Woche gelten 3. Als ganze Woche 6 aufeinanderfolgende Arbeitstage.

Damit war aber nicht viel erreicht, weil es dem einzelnen Betriebe immer noch frei stand, diese Normen in Anwendung zu bringen oder nicht. Von Anstrengungen des Verbandes ist es zu danken, daß wenigstens diese Ferienbestimmungen für die Mehrzahl der Arbeiter der Maschinenindustrie in Anwendung kommen.

Im Kleinergewerbe stellen sich die Höchsttage etwas niedriger, dafür sind sie aber meistens in den örtlichen Arbeitsverträgen festgelegt. So erhalten zum Beispiel die Spiegel- und Inskaltateure in Bern 3 bis 6 Tage Ferien, wobei der Höchsttag nach 6 Dienstjahren erreicht wird. Bei den Schlossern und Felgenmonteuren gilt dasselbe. Bei den Elektrikern schwankt die Ferienberechtigung zwischen 2 bis 12 Tagen, wobei die Höchstzeit nach 11 Dienstjahren erreicht wird. Noch besser stellen sich die Monteur der Bernischen Kraftwerke, wo Ferien von 4 bis 12 Tagen gewährt werden mit der Höchstberechtigung nach 9 Dienstjahren. Das Gas- und Elektrizitätswert der Stadt Bern gibt Ferien in der Grenze von 4 bis 18 Tagen, wobei die Höchstzeit schon nach 8 Jahren erreicht wird. Die Ferienberechtigung beginnt meistens nach dem zweiten Dienstjahr, beim Städtischen Gas- und Elektrizitätswert und bei den Bernischen Kraftwerken schon nach dem ersten Dienstjahr. Ähnlich stellen sich die Feriennormen in den Metallgewerben anderer Städte.

Ein richtiges Bild darüber, wo man selber steht, gibt aber erst der Vergleich mit anderen Industrien. Darüber gibt nun das Eidgenössische Arbeitsamt eine Zusammenstellung. Es geht daraus in erster Linie hervor, daß in der Uhrindustrie nur 6,4 bis der Arbeiterchaft Ferien erhält (starke Einflüsse der Heimindustrie). Dabei geht die Höchstzeit nicht über 6 Tage hinaus. In der Metallindustrie erhalten 41 bis der Arbeiter Ferien, wobei ebenfalls der größte Teil davon sich mit höchstens 6 Tagen begnügen muß. Ein kleiner Teil ist berechtigt bis zum Höchsttag von 12 Tagen und nur ganz wenige bis zu mehr als 12 Tagen.

In der Maschinenindustrie, wo die großen Betriebe in Frage kommen, sind die Verhältnisse etwas besser. Hier erhalten 53 bis der Arbeiter Ferien, der größte Teil allerdings wiederum nur 1 bis 6 Tage. Bis zu 12 Tagen erhält der kleinere Teil, und wiederum nur wenige mehr als 12 Tage. Ein Teil der Metallarbeiterchaft ist unter dem Personal der Kraftwerke, die in bezug auf Ferienberechtigung an der Spitze stehen. Hier erhalten bis 90 bis des Personals Ferien, der größte Teil bis zu 12 Tagen und darüber.

Wenn man in Betracht zieht, daß die Angestellten- und Beamtenchaft der Schweiz Ferien von 14 Tagen bis 4 Wochen genützt und dabei oft lange nicht die ungenutzte Arbeit zu verrichten hat, wie die Fabrikarbeiter, so ist es begreiflich, wenn der Ruf nach vermehrten Ferien immer lauter ertönt und sich immer mehr Bewegungen damit befassen. In der Ferienbewegung an die Arbeiterchaft muß unbedingt ein Schritt weiter getan werden. Hat die Sache vorerst gesundheitsliche Bedeutung, so hat sie auch eine volkswirtschaftliche Seite. Je mehr Ferien der Arbeiterchaft gewährt werden, desto mehr finden wir diese Klasse als Touristen, die die Bahnen und billigeren Ferienorte besökern. Handel und Wandel gewinnen so neuen Antrieb. Die Förderung nach Ferien wird daher auch künftighin bei den gewerkschaftlichen Kämpfen an erster Stelle stehen.

Diamantschleiferen in Südafrika?

J. G. Nach langem Zögern ist die südafrikanische Regierung nun endlich zum Abschluß eines Vertrages mit einer Firma in Antwerpen zwecks Errichtung einer Diamantschleiferi in Südafrika übergegangen. In dem Unternehmen sollen 600 junge Leute zu Diamantschleifern ausgebildet werden. Wird dieser Plan wirklich ausgeführt, so kann die Diamantindustrie in Europa in erste Reihe geraten. Der Vorstand des Weltbundes der Diamantarbeiter hat sich mit der Angelegenheit bereits befaßt und seine Stellungnahme festgelegt. In einem an alle angegeschlossenen Organisationen gerichteten Schreiben wird es zunächst als begreiflich dargestellt, daß die südafrikanische Regierung zu machen und die Rohstoffe des Landes dem Lande dienlich zu machen und die Rohstoffe des Landes so viel als möglich im Lande selber bearbeiten zu lassen. Würde es sich ausschließlich um eine solche Maßnahme handeln und würde sie in einem Geiste des gegenseitigen Wettbewerbes mit der europäischen und amerikanischen Industrie getroffen, so wäre dagegen nichts einzuwenden. Dies ist jedoch den Ausführungen des Aufsatzes zufolge nicht der Fall. Der Firma, die in Südafrika ein Unternehmen errichten will, werden von der südafrikanischen Regierung so unvernünftige Vorteile eingeräumt, daß sie mit den Industrien in anderen Ländern in einer Weise konkurrieren kann, die mit dem Begriff billigen und redlichen Wettbewerbes im Gegensatz steht. Die Einräumung solcher Vorrechte müsse verurteilt werden, denn sie seien gegen die alten Zentren der Diamantbearbeitung gerichtet, die seit 60 Jahren die Arbeiter des in Afrika geförderten Rohmaterials sind und deren Arbeit seit langen Jahren auch der südafrikanischen Union beträchtliche finanzielle Vorteile bringt.

Um der geplanten Schmutzkonkurrenz entgegenzutreten, wird es den Diamantarbeitern unter sagt, sich nach Südafrika zu begeben oder mit der bestgenannten Firma oder anderen Firmen, die sich in Südafrika niederlassen wollen, Abmachungen zu treffen.

Gewerkschaftliche Beschränkungen im englischen Lehrlingswesen

Um die Bezahlungsfrage zu verhüten, pflegen die englischen Gewerkschaften Verhältniszahlen zwischen Facharbeitern und Lehrlingen, die in einem Betriebe beschäftigt werden dürfen, vorzuschreiben. In den Kämpfen, die um den Abschluß der Tarifverträge geführt werden, spielen diese Vorschriften häufig eine sehr wichtige Rolle. Wie aus dem Bericht des englischen Arbeitsministeriums über die Bezahlungsfrage hervorgeht, kommen bei den englischen Gewerkschaften drei Arten der Beschränkung der Bezahlungsfrage vor. Entweder werden einheitliche Verhältniszahlen für alle Unternehmungen festgesetzt, wie zum Beispiel beim Nationalverband der Schuhmacher. Oder aber es ändern sich die Verhältniszahlen je nach der Größe der Unternehmungen; kleinere Unternehmungen mit weniger Facharbeitern dürfen eine relativ größere Anzahl von Lehrlingen halten. Diese Form ist vornehmlich im Buchdruckgewerbe in Geltung. Endlich oder wird bei einheitlichen oder unterschiedlichen Verhältniszahlen die Höchstzahl der Lehrlinge, die angestellt werden dürfen, vorgeschrieben.

Gegenwärtig ist das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Facharbeitern und Lehrlingen je nach den verschiedenen Industriezweigen und örtlichen Verhältnissen außerordentlich verschieden. So entfallen für die Maurer je ein Lehrling auf 5,7 Arbeiter, für die Klempner auf 2,2 Facharbeiter. Im Baugewerbe von London kommt ein Lehrling auf 15 Arbeiter, im Gegenzug zum übrigen England und Nordirland, wo 4,4 Facharbeiter mit einem Lehrling arbeiten. Im Maler- und Tapezierergewerbe arbeiten in London je 45 Facharbeiter mit einem Lehrling. Nach Ansicht des Arbeitsministeriums wird der nötige Nachwuchs an Facharbeitern trotz dieser Beschränkungen im Baugewerbe und in der Buchdruckerei nicht gefährdet, dagegen können die gegenwärtig bestehenden Beschränkungen in der Maschinen- und Textilindustrie den Erfordernissen für einen ausreichenden Nachwuchs nicht gerecht werden. Die Lehrlinge beginnen ihre Arbeit in der Regel im Alter von 14 bis 16 Jahren, am häufigsten erst im 16. Jahre. Da sie aber bereits mit 14 Jahren aus der Schule entlassen werden, nehmen sie gewöhnlich in den ersten Jahren nach der Schulentlassung Gelegenheitsarbeiten, sogenannte Sadgassenbeschäftigungen an. Im Bericht wird ausgeführt, daß die neuere Art der Lehrlingsausbildung durch planmäßige Bildungskurse in Berufsschulen und in Lehrlingswerkstätten sich bisher nicht bewährt hat. Die Lehrzeit der männlichen Lehrlinge beträgt in der Regel 5 bis 7 Jahre, die der weiblichen Lehrlinge 3 bis 4 Jahre. Im Vergleich zu 1909 ist der Zugang von Lehrlingen im Baugewerbe gestiegen, im Buchdruckgewerbe gesunken und in der Textilindustrie auf der gleichen Höhe geblieben.

Lohngestaltung der Männer und Frauen

Die gleiche Bezahlung der Männer- und Frauenarbeit hat sich in keinem Staate der Welt durchgesetzt. Man hält es für selbstverständlich, daß die Frau geringer bezahlt wird als der Mann. Nun ist allerdings die Lohnhöhe der Männer und Frauen nicht so ohne weiteres vergleichbar, weil die Frauen vielfach in anderen Berufen beschäftigt sind als der Mann oder andere Arbeit verrichten. Dennoch ist ein Vergleich der verschiedenen Länder lehrreich. Der bekannte Statistiker W. Woytinsky untersucht das Verhältnis der Löhne zwischen Männern und Frauen in mehreren Ländern. Die Lohnhöhe der Frauen betragen gegenüber den Männern in Hundertteilen:

	1913	1926/27
Frankreich	50,0	57,8
Schweden	53,8	60,5
Dänemark	53,8	60,7
Norwegen	56,3	62,7
Vereinigte Staaten	59,2	64,9
Australien	48,2	52,8
Deutschland, Textilindustrie, gelernte Arbeiter	70,0	79,7
" " " " " " " " " " " " " "	74,8	79,9
" " " " " " " " " " " " " "	55,1	66,2
" " " " " " " " " " " " " "	71,1	64,5

Es ist eine erfreuliche Entwicklung, daß die Lohnhöhe der Frauen im Verhältnis der Männerlöhne in fast allen Ländern gestiegen sind. In Deutschland sind die Arbeiterinnen in der Textilindustrie, sowohl die gelernten als auch die ungelernen, den Männern näher gekommen. Das Verhältnis ist hier ein besseres als in den übrigen Ländern. Bei den ungelernen Arbeiterinnen der deutschen Kartonnagenindustrie hat sich das Verhältnis gegenüber der Vorkriegszeit verschlechtert. Die Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß für gleiche Arbeit gleicher Lohn bezahlt werden muß. Die wirtschaftliche Verelendung der Frau muß vor allem in der Angleichung der Einkommensverhältnisse ihren Ausdruck finden.

Aus Sowjetrußland

Arbeitsverhältnisse in Moskau

Wir entnehmen der Zeitschrift Woprosy Truda (Nr. 2/1926) folgende Angaben über die Arbeitsverhältnisse in Moskau:

Die tatsächliche durchschnittliche tägliche Arbeitszeit eines Arbeiters betrug in Moskau 1923 7,6 Stunden, 1924 7,6 Stunden, 1925 7,5 Stunden und im Wirtschaftsjahr 1926/27 7,3 Stunden. Im Jahre 1926/27 sind insgesamt 3 288 482 Arbeiter und bearbeitet worden, von denen 72 bis, rund 2,4 Millionen benützt wurden. Im Wirtschaftsjahr 1925/26 sind rund 3,3 Millionen Überstunden beantragt und rund 2,3 Millionen (69 bis) bewilligt worden. Der Satz der Überstunden war im Vergleich zu der normalen Arbeitszeit 1924 3,29, 1925 1,1, 1926 0,65, 1927 0,5. Es ergibt sich demnach, daß die Bedeutung der Überstunden von Jahr zu Jahr geringer geworden ist.

Die Ausgaben für Arbeiterchaft erreichten 1926/27 in den Werken, die dem Moskauer Volkswirtschaftsrat unterstehen, rund 2,3 Millionen Rubel, was 9 bis der Instandhaltungsausgaben ausmachte. In den in Moskau gelegenen Werken, die dem Obersten Volkswirtschaftsrat unterstehen, erreichten diese Ausgaben rund 4,6 Millionen Rubel, was 6,5 bis für Instandhaltungsausgaben betrug.

Die Zahl der Betriebsunfälle ist nach wie vor sehr groß. 1926/27 erreichte sie 70 276, während sie 1925/26 51 824 und 1924/25 25 283 betragen hatte. Immerhin soll sich die Zahl der schweren Unfälle und der Unfälle mit tödlichem Ausgang verringern.

Zum Siebenhunderttag in der russischen Metallindustrie

Der Trud vom 27. Juli bringt folgende Meldung: Das ursprüngliche Programm der Hauptmetallverwaltung sah im kommenden Wirtschaftsjahr den Übergang von nur etwa 10 bis der Gesamtzahl der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter zum Siebenhunderttag vor. In den letzten Tagen ist die Hauptmetallverwaltung etwas weiter gegangen und sieht bereits den Übergang vor 15 bis der Metallarbeiter zum verkürzten Arbeitstag vor. Unter den Fabriken, die für den Übergang zum verkürzten Arbeitstag ausgearbeitet sind, befinden sich solche wie die Petrovskij- und Lenin-Werke in Dnepropetrowsk, auf denen gegenwärtig 19 370 Arbeiter beschäftigt sind; das Schotomawischawer in Charkow mit 6000 Arbeitern, die Fabrik Goshkowschawina in Bodoel (4116 Arbeiter), die Juberagwerke (2632 Arbeiter) usw. Die Verkürzung des Arbeitstages wird die Einstellung von 6700 Arbeitern zwingend machen.

Wie dem Mitarbeiter des Trud vom Zentralkomitee des Metallarbeiterverbandes mitgeteilt wird, kann das neue Programm der Hauptmetallverwaltung, obgleich es umfassender ist, als das ursprüngliche, nicht als befriedigend angesehen werden. Der Verband wird auf einer Erweiterung der Liste der Betriebe bestehen, die zum Siebenhunderttag übergehen sollen, und zwar mit dem Ziel, 1928/29 mindestens 20 bis der Gesamtzahl der Metallarbeiter einbringend den Beschäftigten des Zentralrats der Gewerkschaften zum Siebenhunderttag übergeben zu lassen.

